

Die reine Wahrheit über die Ursachen des europäischen Welt-Krieges!

*Jeder Deutschlesende und Deutschsprechende in Amerika
muss in diesen Tagen diese Broschüre lesen!*

— INHALT —

1. **Vorwort!**
2. „**Das Deutsche Weissbuch**“ über den Ausbruch des deutsch-russisch-französischen Krieges, nach dem dem Reichstag vorgelegten amtlichen Material!
3. **England, der Hauptschuldige am europäischen Welt-Krieg!**
4. **Die Geschichte des deutsch-französischen Krieges 1870-'71!**
5. **Beim europäischen Kartenspiel fungiert Amerika als fairer Kiebitz!**

Preis 15 Cents.

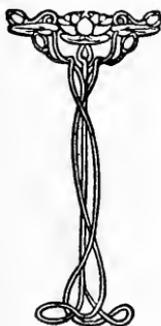
Für den gesamten Inhalt verantwortlich
ALBERT A. STRAUSS,
104 West 89th Street, New York City.



Die reine Wahrheit über die Ursachen des europäischen Welt - Krieges!



*Jeder Deutschlesende und Deutschsprechende in
Amerika muss in diesen Tagen diese
Broschüre lesen!*



Für den gesamten Inhalt verantwortlich
ALBERT A. STRAUSS,
104 West 89th Street, New York City.

In Form des „**DEUTSCHEN WEISSBUCHES**“ wurde amtlicherseits **alles Material** zusammengetragen, was der Welt die **Wahrheit** verkünden musste.

Freudigen Herzens komme ich dem Wunsche eines mir befreundeten Führers einer liberalen Reichstags-Fraktion nach, der mich durch Uebersendung des amtlichen Materials bittet, baldmöglichst unter das deutschlesende und deutschsprechende Amerikanertum zu treten, um, entgegen aller aus feindlichem Lager kommenden Lügenberichten, die **nackten Tatsachen** verbreiten zu helfen.

In der vorliegenden Broschüre findet der geschätzte Leser den **wortgetreuen Inhalt des dem Reichstage vorgelegten amtlichen Materials**, sowie drei aus meiner Feder stammende Artikel, die, nach meiner schwachen Veranlagung, mithelfen mögen, aufklärend beim aufzuklären- den Amerikanertum zu wirken.

Mit dem Verlag dieser Broschüre verknüpfe ich gleichzeitig ein edles Werk zu verrichten, indem zunächst dem hier feststehenden, brotlosen **deutsch-österreich- und ungarischen Reservisten-Heere** durch den Strassenverschleiss dieser Broschüre eine geringe Verdienst-Möglichkeit geboten werden soll, um ausserdem **10 Prozent** aus dem Verkaufs-Ergebnis an die vaterländischen Hilfsfonds zum Besten **hinterbliebener Wittwen und Waisen gefallener deutscher, österreichischer und ungarischer Vaterlands-Verteidiger** durch Vermittelung des hiesigen Kaiserlich Deutschen General-Konsulats verteilen lassen zu können.

Albert A. Strauss.

New York City, Oktober 1914.

„Das Deutsche Weissbuch!“

Reichstag. 13. Legislatur-Periode. II. Session 1914.

Berlin, den 3. August 1914.

Dem Reichstag beehre ich mich in der Anlage ein
Weissbuch

Denkschrift und Aktenstücke zum Kriegsausbruch
zur Kenntnis vorzulegen.

Der Reichskanzler.

Dr. von Bethmann Hollweg.

An
den Reichstag.

Denkschrift und Aktenstücke zum Kriegsausbruch.

Am 28. Juni d. J. ist der österreichisch-ungarische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin, die Herzogin von Hohenberg durch Revolvergeschüsse des Mitglieds einer serbischen Verschwörerbande niedergestreckt worden. Die Untersuchung des Verbrechens durch die österreichisch-ungarischen Behörden hat ergeben, dass das Komplott gegen das Leben des Erzherzogs-Thronfolgers in Belgrad unter Mitwirkung amtlicher serbischer Personen vorbereitet und gefördert, mit Waffen aus den staatlichen serbischen Depots ausgeführt wurde. Dies Verbrechen musste der ganzen zivilisierten Welt die Augen öffnen, nicht nur über die gegen den Bestand und die Integrität der österreichisch-ungarischen Monarchie gerichteten Ziele der serbischen Politik, sondern auch über die verbrecherischen Mittel, die die grossserbische Propaganda in Serbien zur Erreichung dieser Ziele anzuwenden sich nicht scheute. Das Endziel dieser Politik war die allmähliche Revolutionierung und schliessliche Lostrennung der südöstlichen Gebietsteile der österreichisch-ungarischen Monarchie und ihre Vereinigung mit Serbien. An dieser Richtung der serbischen Politik haben die wiederholten und feierlichen Erklärungen, in denen Serbien Oesterreich-Ungarn gegenüber die Abkehr von dieser Politik und die Pflege guter nachbarlicher Beziehungen gelobt hat, nicht das geringste geändert. Zum dritten Male im Laufe der letzten sechs Jahre führt Serbien auf diese Weise Europa an den Rand eines Weltkrieges. Es konnte dies nur tun, weil es sich bei seinen Bestrebungen durch Russland gestützt glaubte. Die russische Politik war bald nach den durch die türkische Revolution herbeigeführten Ereignissen des Jahres 1908 daran gegangen, einen gegen den Bestand der Türkei gerichteten Bund der Balkanstaaten unter seinem Protektorat zu begründen. Dieser Balkanbund, dem es im Jahre 1911 gelang, die Türkei siegreich aus dem grössten Teil ihrer europäischen Besitzungen zu verdrängen, brach über der Frage der Beuteverteilung in sich zusammen. Die russische Politik liess sich durch diesen Misserfolg nicht abschrecken. Nach der Idee der russischen Staatsmänner sollte ein neuer Balkanbund unter russischem Patronat entstehen, dessen Spitze sich nicht mehr gegen die aus dem Balkan verdrängte Türkei,

sondern gegen den Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie richtete. Die Idee war, dass Serbien gegen die auf Kosten der Donaumonarchie gehende Einverleibung Bosniens und der Herzegowina die im letzten Balkankrieg erworbenen Teile Mazedoniens an Bulgarien abtreten sollte. Zu diesem Behufe sollte Bulgarien durch Isolierung müde gemacht, Rumänien durch eine mit Hilfe Frankreichs unternommene Propaganda an Russland gekettet, Serbien auf Bosnien und die Herzegowina gewiesen werden.

Unter diesen Umständen musste Oesterreich sich sagen, dass es weder mit der Würde noch mit der Selbsterhaltung der Monarchie vereinbar wäre, dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zuzusehen. Die k. und k. Regierung benachrichtigte uns von dieser Auffassung und erbat unsere Ansicht. Aus vollem Herzen konnten wir unserem Bundesgenossen unser Einverständnis mit seiner Einschätzung der Sachlage geben und ihm versichern, dass eine Aktion, die er für notwendig hielt, um der gegen den Bestand der Monarchie gerichteten Bewegung in Serbien ein Ende zu machen, unsere Billigung finden würde. Wir waren uns hierbei wohl bewusst, dass ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Oesterreich-Ungarns gegen Serbien Russland auf den Plan bringen und uns hiermit unserer Bundespflicht entsprechend in einen Krieg verwickeln könnte. Wir konnten aber in der Erkenntnis der vitalen Interessen Oesterreich-Ungarns, die auf dem Spiele standen, unserem Bundesgenossen weder zu einer mit seiner Würde nicht vereinbarenden Nachgiebigkeit raten noch auch ihm unseren Beistand in diesem schweren Moment versagen. Wir konnten dies um so weniger, als auch unsere Interessen durch die andauernde serbische Wühlarbeit auf das empfindlichste bedroht waren. Wenn es den Serben mit Russlands und Frankreichs Hilfe noch länger gestattet geblieben wäre, den Bestand der Nachbarmonarchie zu gefährden, so würde dies den allmählichen Zusammenbruch Oesterreichs und eine Unterwerfung des gesamten Slaventums unter russischem Szepter zur Folge haben, wodurch die Stellung der germanischen Rasse in Mitteleuropa unhaltbar würde. Ein moralisch geschwächtes, durch das Vordringen des russischen Panslawismus zusammenbrechendes Oesterreich wäre für uns kein Bundesgenosse mehr, mit dem wir rechnen könnten, und auf den wir uns verlassen könnten, wie wir es angesichts der immer drohender werdenden Haltung unserer östlichen und westlichen Nachbarn müssen. Wir liessen daher Oesterreich völlig freie Hand in seiner Aktion gegen Serbien. Wir haben an den Vorbereitungen dazu nicht teilgenommen.

Oesterreich wählte den Weg, in einer Note der ser-

bischen Regierung ausführlich den durch die Untersuchung des Mordes von Sarajewo festgestellten unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Morde und der von der serbischen Regierung nicht nur geduldeten, sondern unterstützten grossserbischen Bewegung darzulegen und von ihr eine vollständige Abstellung dieses Treibens sowie Bestrafung der Schuldigen zu fordern. Gleichzeitig verlangte Oesterreich-Ungarn als Garantie für die Durchführung des Verfahrens Teilnahme seiner Organe an der Untersuchung auf serbischem Gebiet und definitive Auflösung der gegen Oesterreich-Ungarn wühlenden grossserbischen Vereine. Die k. und k. Regierung stellte eine Frist von 48 Stunden zur bedingungslosen Annahme ihrer Forderungen. Die serbische Regierung hat einen Tag nach Ueberreichung der österreichisch-ungarischen Note die Mobilisation begonnen. Als nach Ablauf der Frist die serbische Regierung eine Antwort erteilte, die zwar in einigen Punkten die Wünsche Oesterreich-Ungarns erfüllt, im wesentlichen aber deutlich das Bestreben erkennen liess, durch Verschleppung und neue Verhandlungen sich den gerechten Forderungen der Monarchie zu entziehen, brach diese die diplomatischen Beziehungen zu Serbien ab, ohne sich auf weitere Verhandlungen einzulassen oder sich von serbischen Versicherungen hinhalten zu lassen, deren Wert es genüsam — zu seinem Schaden — kennt.

Von diesem Augenblick an befand sich Oesterreich tatsächlich im Kriegszustande mit Serbien, den es dann noch durch die offizielle Kriegserklärung vom 28. d. Mts. öffentlich proklamierte.

Vom ersten Anfang des Konflikts an haben wir auf dem Standpunkt gestanden, dass es sich hierbei um eine Angelegenheit Oesterreichs handele, die es allein mit Serbien zum Austrag zu bringen haben würde. Wir haben daher unser ganzes Bestreben darauf gerichtet, den Krieg zu lokalisieren und die anderen Mächte davon zu überzeugen, dass Oesterreich-Ungarn in berechtigter Notwehr und durch die Verhältnisse gezwungen sich zum Appell an die Waffen habe entschliessen müssen. Wir haben nachdrücklich den Standpunkt vertreten, dass kein Kulturstaat das Recht habe, in diesem Kampf gegen Unkultur und politische Verbrechermoral Oesterreich in den Arm zu fallen und die Serben ihrer gerechten Strafe zu entziehen. In diesem Sinne haben wir unsere Vertreter im Ausland instruiert.

Gleichzeitig teilte die Oesterreichisch-Ungarische Regierung der Russischen mit, dass der von ihr bei Serbien unternommene Schritt lediglich eine defensive Massregel gegenüber den serbischen Wühlereien zum Ziele habe, dass aber Oesterreich-Ungarn notgedrungen Garantien für ein weiteres freundschaftliches Verhalten Serbiens der

Anlage 1 a.

Anlage 1 b u. 2.

Anlage 3.

Monarchie gegenüber verlange. Es liege Oesterreich-Ungarn gänzlich fern, etwa eine Verchiebung der Machtverhältnisse auf dem Balkan herbeizuführen. Auf unsere Erklärung, dass die Deutsche Regierung die Lokalisierung des Konflikts wünsche und erstrebe, wurde sowohl von der Französischen als der Englischen Regierung eine Wirkung in dem gleichen Sinne zugesagt. Diesen Bestrebungen gelang es indessen nicht, eine Einmischung Russlands in die österreichisch-serbische Auseinandersetzung zu verhindern.

Die Russische Regierung erliess am 24. Juli ein amtliches Kommuniqué, wonach Russland unmöglich in dem serbisch-österreichischen Konflikt indifferent bleiben könnte. Das gleiche erklärte der russische Minister des Auswärtigen, Herr Sassonow, dem Kaiserlichen Botschafter Grafen Paurtalès. Am Nachmittag des 26. Juli liess die k. und k. Regierung abermals durch ihren Botschafter in St. Petersburg erklären, dass Oesterreich-Ungarn keinerlei Eroberungspläne habe und nur endlich an seinen Grenzen Ruhe haben wolle. Im Laufe des gleichen Tages gelangten indess bereits die ersten Meldungen über russische Mobilmachungen nach Berlin. Noch am 26. abends wurden die Kaiserlichen Botschafter in London, Paris und Petersburg angewiesen, bei den Regierungen Englands, Frankreichs und Russlands energisch auf die Gefahr dieser russischen Mobilisierungen hinzuweisen. Nachdem Oesterreich-Ungarn Russland offiziell erklärt habe, dass es keinen territorialen Gewinn in Serbien anstrebe, liege die Entscheidung über den Weltfrieden ausschliesslich in Petersburg. Noch am gleichen Tage wurde der Kaiserliche Botschafter in St. Petersburg angewiesen, der Russischen Regierung zu erklären:

Vorbereitende militärische Massnahmen Russlands werden uns zu Gegenmassregeln zwingen, die in der Mobilisierung der Armee bestehen müssen. Die Mobilisierung aber bedeutet den Krieg. Da uns Frankreichs Verpflichtungen gegenüber Russland bekannt sind, würde diese Mobilisierung gegen Russland und Frankreich zugleich gerichtet sein. Wir können nicht annehmen, dass Russland einen solchen europäischen Krieg entfesseln will. Da Oesterreich-Ungarn den Bestand des serbischen Königreichs nicht antasten will, sind wir der Ansicht, dass Russland eine abwartende Stellung einnehmen kann. Den Wunsch Russlands, den Bestand des serbischen Königreichs nicht in Frage stellen zu lassen, werden wir um so eher unterstützen können, als Oesterreich-Ungarn diesen Bestand gar nicht in Frage stellt. Es wird leicht sein, im weiteren Verlauf der Angelegenheit die Basis einer Verständigung zu finden.

Anlage 4.

Anlage 5.

Anlage 6, 7, 8, 9.

Anlage 10.

10a, 10b.

Am 27. Juli erklärte der russische Kriegsminister Suchomlinow dem deutschen Militärattaché ehrenwörtlich, dass noch keine Mobilmachungsordres ergangen sei. Es würden lediglich Vorbereitungsmaßnahmen getroffen, kein Pferd ausgehoben, kein Reservist eingezogen. Wenn Oesterreich-Ungarn die serbische Grenze überschreite, würden die auf Oesterreich gerichteten Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau, Kasan mobilisiert. Unter keinen Umständen die an der deutschen Front liegenden: Petersburg, Wilna und Warschau. Auf die Frage des Militärattachés, zu welchem Zwecke die Mobilmachung gegen Oesterreich-Ungarn erfolge, antwortete der russische Kriegsminister mit Achselzucken und dem Hinweis auf die Diplomaten. Der Militärattaché bezeichnete darauf die Mobilmachungsmaßnahmen gegen Oesterreich-Ungarn als auch für Deutschland höchst bedrohlich. In den darauf folgenden Tagen folgten sich die Nachrichten über russische Mobilisierungen in schnellem Tempo. Unter diesen waren auch Nachrichten über Vorbereitungen an der deutschen Grenze, so die Verhängung des Kriegszustandes über Kowno und der Abmarsch der Warschauer Garnison, Verstärkung der Garnison Alexandrowo. Am 27. Juli trafen die ersten Meldungen über vorbereitende Massnahmen auch Frankreichs ein. Das 14. Korps brach die Manöver ab und kehrte in die Garnison zurück.

Anlage 11.

Inzwischen sind wir bemüht geblieben, durch nachdrücklichste Einwirkung auf die Kabinette eine Lokalisierung des Konflikts durchzusetzen.

Am 26. hatte Sir Edward Grey den Vorschlag gemacht, die Differenzen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien einer unter seinem Vorsitz tagenden Konferenz der Botschafter Deutschlands, Frankreichs und Italiens zu unterbreiten. Zu diesem Vorschlag haben wir erklärt, wir könnten uns, so sehr wir seine Tendenz billigten, an einer derartigen Konferenz nicht beteiligen, da wir Oesterreich in seiner Auseinandersetzung mit Serbien nicht vor ein europäisches Gericht zitieren könnten.

Anlage 12.

Frankreich hat dem Vorschlag Sir Edward Greys zugestimmt, er ist jedoch schliesslich daran gescheitert, dass Oesterreich sich ihm gegenüber, wie vorauszusehen, ablehnend verhielt.

Getreu unserem Grundsatz, dass eine Vermittlungsaktion sich nicht auf den lediglich eine österreich-ungarische Angelegenheit darstellenden österreichischen-serbischen Konflikt, sondern nur auf das Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland beziehen könnte, haben wir unsere Bemühungen fortgesetzt, eine Verständigung zwischen diesen beiden Mächten herbeizuführen. Wir haben uns aber auch bereitgefunden, nach Ablehnung der Konferenzidee einen weiteren Vorschlag

Anlage 13.

Anlage 14.

Sir Edward Greys nach Wien zu übermitteln, in dem er anregt, Oesterreich-Ungarn möchte sich entschliessen, entweder die serbische Antwort als genügend zu betrachten oder aber als Grundlage für weitere Besprechungen. Die Oesterreichisch-Ungarische Regierung hat unter voller Würdigung unserer vermittelnden Tätigkeit zu diesem Vorschlag bemerkt, dass er nach Eröffnung der Feindseligkeiten zu spät komme.

Anlage 15.

Anlage 16.

Trotzdem haben wir unsere Vermittlungsversuche bis zum Aeussersten fortgesetzt und haben in Wien geraten, jedes mit der Würde der Monarchie vereinbare Entgegenkommen zu zeigen. Leider sind alle diese Vermittlungsaktionen von den militärischen Vorbereitungen Russlands und Frankreichs überholt worden. Am 29. Juli hat die Russische Regierung in Berlin amtlich mitgeteilt, dass sie vier Armeebezirke mobilisiert habe. Gleichzeitig trafen weitere Meldungen über schnell fortschreitende Vorbereitungen Frankreichs zu Wasser und zu Lande ein. An demselben Tage hatte der Kaiserliche Botschafter in Petersburg eine Unterredung mit dem russischen Minister des Auswärtigen, über die er telegraphisch das Folgende berichtete:

Anlage 17.

„Der Minister versuchte mich zu überreden, dass ich bei meiner Regierung die Teilnahme an einer Konversation zu vierein befürworten sollte, um Mittel ausfindig zu machen, auf freundschaftlichem Wege Oesterreich-Ungarn zu bewegen, diejenigen Forderungen aufzugeben, die die Souveränität Serbiens antasten. Ich habe, indem ich lediglich die Wiedergabe der Unterredung zusagte, mich auf den Standpunkt gestellt, dass mir, nachdem Russland sich zu dem verhängnisvollen Schritte der Mobilmachung entschlossen habe, jeder Gedankenaustausch hierüber sehr schwierig, wenn nicht unmöglich erscheine. Was Russland jetzt von uns Oesterreich-Ungarn gegenüber verlange, sei dasselbe, was Oesterreich-Ungarn Serbien gegenüber vorgeworfen werde: einen Eingriff in Souveränitätsrechte. Oesterreich-Ungarn habe versprochen, durch Erklärung seines territorialen Desinteresses Rücksicht auf russische Interessen zu nehmen, ein grosses Zugeständnis seitens eines kriegführenden Staates. Man sollte deshalb die Doppelmonarchie ihre Angelegenheit mit Serbien allein regeln lassen. Es werde beim Friedensschluss immer noch Zeit sein, auf Schonung der serbischen Souveränität zurückzukommen.

Sehr ernst habe ich hinzugefügt, dass augenblicklich die ganze austroserbische Angelegenheit der Gefahr einer europäischen Konflagration gegenüber in den Hintergrund trete, und habe mir alle Mühe gegeben, dem Minister die Grösse dieser Gefahr vor Augen zu führen.

Es war nicht möglich, Sassonow von dem Gedanken

abzubringen, dass Serbien von Russland jetzt nicht im Stich gelassen werden dürfe.“

Ebenfalls am 29. berichtete der Militärattaché in Petersburg telegraphisch über eine Unterredung mit dem Generalstabschef der russischen Armee:

„Der Generalstabschef hat mich zu sich bitten lassen und mir eröffnet, dass er soeben von Seiner Majestät komme. Er sei vom Kriegsminister beauftragt worden, mir nochmals zu bestätigen, es sei alles so geblieben, wie es mir von zwei Tagen der Minister mitgeteilt habe. Er bot mir schriftliche Bestätigung an und gab mir sein Ehrenwort in feierlichster Form, dass nirgends eine Mobilmachung, d. h. Einziehung eines einzigen Mannes oder Pferdes bis zur Stunde, 3 Uhr nachmittags, erfolgt sei. Er könne sich dafür für die Zukunft nicht verbürgen, aber wohl nachdrücklich bestätigen, dass in den Fronten, die auf unsere Grenzen gerichtet seien, von Seiner Majestät keine Mobilisierung gewünscht würde. Es sind aber hier über erfolgte Einziehung von Reservisten in verschiedenen Teilen des Reichs, auch in Warschau und in Wilna, vielfache Nachrichten eingegangen. Ich habe deshalb dem General vorgehalten, dass ich durch die mir von ihm gemachten Eröffnungen vor ein Rätsel gestellt sei. Auf Offiziersparole erwiderte er mir jedoch, dass solche Nachrichten unrichtig seien, es möge hier und da allenfalls ein falscher Alarm vorliegen.

Ich muss das Gespräch in Anbetracht der positiven, zahlreichen, über erfolgte Einziehungen vorliegenden Nachrichten als ein Versuch betrachten, uns über den Umfang der bisherigen Massnahmen irrezuführen.“

Da die Russische Regierung auf die verschiedenen Anfragen über die Gründe ihrer drohenden Haltung des öfteren darauf hinwies, dass Oesterreich-Ungarn noch keine Konversation in Petersburg begonnen habe, erhielt der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg am 29. Juli auf unsere Anregung die Weisung, mit Herrn Sassonow die Konversation zu beginnen. Graf Szapary ist ermächtigt worden, die durch den Beginn des Kriegszustandes allerdings überholte Note an Serbien dem russischen Minister gegenüber zu erläutern und jede Anregung entgegenzunehmen, die von russischer Seite aus noch weiter erfolgen sollte, sowie mit Sassonow alle direkt die österreichisch-ungarischen Beziehungen tangierenden Fragen zu besprechen.

Schulter an Schulter mit England haben wir unausgesetzt an der Vermittlungsaktion fortgearbeitet und jeden Vorschlag in Wien unterstützt, von dem wir die Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Konfliktes erhoffen zu können glaubten. Wir haben noch am 30. einen englischen Vorschlag nach Wien weitergegeben, der als Basis der Verhandlungen aufstellte, Oesterreich-

Ungarn solle nach erfolgtem Einmarsch in Serbien dort seine Bedingungen diktieren. Wir mussten annehmen, dass Russland diese Basis akzeptieren würde.

Während in der Zeit vom 29. bis 31. Juli diese unsere Bemühungen um Vermittelung, von der englischen Diplomatie unterstützt, mit steigender Dringlichkeit fortgeführt wurden, kamen immer erneute und sich häufende Meldungen über russische Mobilisierungsmaßnahmen. Truppsammlungen an der ostpreussischen Grenze, die Verhängung des Kriegszustandes über sämtliche wichtigen Plätze der russischen Westgrenze liessen keinen Zweifel mehr daran, dass die russische Mobilisierung auch gegen uns in vollem Gange war, während gleichzeitig unserem Vertreter in Petersburg alle derartigen Massregeln erneut ehrenwörtlich abgeleugnet wurden. Noch ehe die Wiener Antwort auf den letzten englisch-deutschen Vermittelungsvorschlag, dessen Tendenz und Grundlage in Petersburg bekannt gewesen sein musste, in Berlin eintreffen konnte, ordnete Russland die allgemeine Mobilmachung an. In den gleichen Tagen fand zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und König und dem Zaren Nikolaus ein Telegrammwechsel statt, in dem Seine Majestät den Zaren auf den drohenden Charakter der russischen Mobilmachung und die Fortdauer seiner eigenen vermittelnden Tätigkeit aufmerksam machte.

Anlage 18, 20,
21, 22, 23, 23 a.

Am 31. Juli richtete der Zar an Seine Majestät den Kaiser folgendes Telegramm:

„Ich danke Dir von Herzen für Deine Vermittelung, die eine Hoffnung aufleuchten lässt, dass doch noch alles friedlich enden könnte. Es ist technisch unmöglich, unsere militärischen Vorbereitungen einzustellen, die durch Oesterreichs Mobilisierung notwendig geworden sind. Wir sind weit davon entfernt, einen Krieg zu wünschen. Solange wie die Verhandlungen mit Oesterreich über Serbien andauern, werden meine Truppen keine herausfordernde Aktion unternehmen. Ich gebe Dir mein feierliches Wort darauf. Ich vertraue mit aller Kraft auf Gottes Gnade und hoffe auf den Erfolg Deiner Vermittelung in Wien für die Wohlfahrt unserer Länder und den Frieden Europas.

Dein Dir herzlich ergebener
Nicolaus.“

Mit diesem Telegramm des Zaren kreuzte sich folgendes ebenfalls am 31. Juli um 2 Uhr p. m. abgesandtes Telegramm Seiner Majestät des Kaisers:

„Auf Deinen Appell an Meine Freundschaft und Deine Bitte um Meine Hilfe habe ich eine Vermittelungsaktion zwischen Deiner und der Oesterreichisch-Ungarischen Regierung aufgenommen. Während diese

Aktion im Gange war, sind Deine Truppen gegen das mir verbündete Oesterreich-Ungarn mobilisiert worden, wodurch, wie Ich Dir schon mitgeteilt habe, Meine Vermittlung beinahe illusorisch gemacht worden ist. Trotzdem habe Ich sie fortgesetzt. Nunmehr erhalte Ich zuverlässige Nachrichten über ernste Kriegsvorbereitungen auch an Meiner östlichen Grenze. Die Verantwortung für die Sicherheit Meines Reiches swingt Mich zu defensiven Gegenmassregeln. Ich bin mit Meinen Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens bis an die äusserste Grenze des möglichen gegangen. Nicht Ich trage die Verantwortung für das Unheil, das jetzt der ganzen zivilisierten Welt droht. Noch in diesem Augenblicke liegt es in Deiner Hand, es abzuwenden. Niemand bedroht die Ehre und Macht Russlands, das wohl auf den Erfolg Meiner Vermittlung hätte warten können. Die Mir von Meinem Grossvater auf dem Totenbette überkommene Freundschaft für Dich und Dein Reich ist Mir immer heilig gewesen, und Ich habe treu zu Russland gestanden, wenn es in schwerer Bedrängnis war, besonders in seinem letzten Kriege. Der Friede Europas kann von Dir noch jetzt erhalten werden, wenn Russland sich entschliesst, die militärischen Massnahmen einzustellen, die Deutschland und Oesterreich-Ungarn bedrohen.“

Noch ehe dies Telegramm seine Bestimmung erreichte, war die bereits am Vormittag desselben Tages angeordnete, offensichtlich gegen uns gerichtete, Mobilisierung der **gesamten** russischen Streitkräfte in vollem Gange. Das Telegramm des Zaren aber war um 2 Uhr nachmittags aufgegeben.

Nach Bekanntwerden der russischen Gesamtmobilisation in Berlin erhielt am Nachmittag des 31. Juli der Kaiserliche Botschafter in Petersburg den Befehl, der Russischen Regierung zu eröffnen, Deutschland habe als Gegenmassregel gegen die allgemeine Mobilisierung der russischen Armee und Flotte den Kriegszustand verkündet, dem die Mobilisation folgen müsse, wenn Russland nicht binnen 12 Stunden seine militärischen Massnahmen gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einstelle und Deutschland davon in Kenntnis setze.

Gleichzeitig wurde der Kaiserliche Botschafter in Paris angewiesen, von der Französischen Regierung binnen 18 Stunden eine Erklärung zu verlangen, ob sie in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben wolle.

Die Russische Regierung hat durch ihre die Sicherheit des Reiches gefährdende Mobilmachung die mühsame Vermittelungsarbeit der europäischen Staatskanzleien kurz vor dem Erfolge zerschlagen. Die Mobilmachungsmassregeln, über deren Ernst der Russischen Regierung von Anfang an keine Zweifel gelassen wur-

Anlage 24.

Anlage 25.

den, in Verbindung mit ihrer fortgesetzten Ablehnung zeigen klar, dass Russland den Krieg wollte.

Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg hat die ihm aufgetragene Mitteilung an Herrn Sassonow am 31. Juli um 12 Uhr nachts gemacht.

Eine Antwort der Russischen Regierung hierauf hat uns nie erreicht.

Zwei Stunden nach Ablauf der in dieser Mitteilung gestellten Frist hat der Zar an Seine Majestät den Kaiser telegraphiert:

„Ich habe Dein Telegramm erhalten. Ich verstehe dass Du gezwungen bist, mobil zu machen, aber ich möchte von Dir dieselbe Garantie haben, die ich Dir gegeben habe, nämlich, dass diese Massnahmen nicht Krieg bedeuten und dass wir fortfahren werden, zu verhandeln, zum Heile unserer beiden Länder und des allgemeinen Friedens, der unseren Herzen so teuer ist. Unserer langbewährten Freundschaft muss es mit Gottes Hilfe gelingen, Blutvergiessen zu verhindern. Dringend erwarte ich voll Vertrauen Deine Antwort.“

Hierauf hat Seine Majestät der Kaiser geantwortet:

„Ich danke Dir für Dein Telegramm, ich habe Deiner Regierung gestern den Weg angegeben, durch den allein noch der Krieg vermieden werden kann. Obwohl ich um eine Antwort für heute ersucht hatte, hat mich bis jetzt noch kein Telegramm Meines Botschafters mit einer Antwort Deiner Regierung erreicht. Ich bin daher gezwungen worden, meine Armee zu mobilisieren. Eine sofortige klare und unmissverständliche Antwort Deiner Regierung ist der einzige Weg, um endloses Elend zu vermeiden. Bis ich diese Antwort erhalten habe, bin ich zu meiner Betrübniß nicht in der Lage, auf den Gegenstand Deines Telegramms einzugehen. Ich muss auf das ernsteste von Dir verlangen, dass Du unverzüglich Deinen Truppen den Befehl gibst, unter keinen Umständen auch nur die leiseste Verletzung unserer Grenzen zu begehen.“

Da die Russland gestellte Frist verstrichen war, ohne dass eine Antwort auf unsere Anfrage eingegangen wäre, hat Seine Majestät der Kaiser und König am 1. August um 5 Uhr p. m. die Mobilmachung des gesamten deutschen Heeres und der Kaiserlichen Marine befohlen. Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg hatte inzwischen den Auftrag erhalten, falls die Russische Regierung innerhalb der ihr gestellten Frist keine befriedigende Antwort erteilen würde, ihr zu erklären, dass wir nach Ablehnung unserer Forderung uns als im Kriegszustand befindlich betrachten. Ehe jedoch eine Meldung über die Ausführung dieses Auftrages einlief, überschritten russische Truppen, und zwar schon am

Nachmittag des 1. August, also desselben Nachmittags, an dem das eben erwähnte Telegramm des Zaren abgesandt war, unsere Grenze und rückten auf deutschem Gebiet vor.

Hiermit hat Russland den Krieg gegen uns begonnen.

Inzwischen hatte der Kaiserliche Botschafter in Paris die ihm befohlene Anfrage an das französische Kabinett am 31. Juli um 7 Uhr nachmittags gestellt.

Der französische Ministerpräsident hat darauf am 1. August um 1 Uhr nachmittags eine zweideutige und unbefriedigende Antwort erteilt, die über die Stellungnahme Frankreichs kein klares Bild gibt, da er sich darauf beschränkte, zu erklären, Frankreich würde das tun, was seine Interessen ihm geböten. Wenige Stunden darauf, um 5 Uhr nachmittags, wurde die Mobilisierung der gesamten französischen Armee and Flotte angeordnet.

Am Morgen des nächsten Tages eröffnete Frankreich die Feindseligkeiten.

Abgeschlossen am 2. August mittags.

NORDDEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG.

25. Juli 1914.

Die Note Oesterreich-Ungarns an Serbien.

Berlin, den 24. Juli.

Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad überreichte gestern abend 6 Uhr der serbischen Regierung eine **Verbalnote** mit den **Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung**. In der Note wird die **Antwort bis Sonnabend, den 25. Juli, 6 Uhr abends, verlangt**.—Sie hat folgenden Wortlaut:

Am 31. März 1909 hat der Königlich Serbische Gesandte am Wiener Hofe im Auftrage seiner Regierung der Kaiserlichen und Königlich Regierung folgende Erklärung abgegeben: „Serbien anerkennt, dass es durch die in Bosnien geschaffene Tatsache in seinen Rechten nicht berührt wurde, and dass es sich demgemäss den Entschliessungen anpassen wird, welche die Mächte in bezug auf Artikel 25 des Berliner Vertrages treffen werden. Indem Serbien den Ratschlägen der Grossmächte Folge leistet, verpflichtet es sich, die Haltung des Protestes und des Widerstandes, die es hinsichtlich der Annexion seit vergangenem Oktober eingenommen hat, aufzugeben, und verpflichtet sich ferner, die Rich-

tung seiner gegenwärtigen Politik gegenüber Oesterreich-Ungarn zu ändern und künftighin mit diesem letzteren auf dem Fusse freundnachbarlicher Beziehungen zu leben.“

Die Geschichte der letzten Jahre nun, und insbesondere der schmerzlichen Ereignisse des 28. Juni, haben das Vorhandensein einer subversiven Bewegung in Serbien erwiesen, deren Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie gewisse Teile ihres Gebiets loszutrennen. Diese Bewegung, die unter den Augen der serbischen Regierung entstand, hat in der Folge jenseits des Gebiets des Königreichs durch Akte des Terrorismus, durch eine Reihe von Attentaten und durch Morde Ausdruck gefunden.

Weit entfernt, die in der Erklärung vom 31. März 1909 enthaltenen formellen Verpflichtungen zu erfüllen, hat die Königlich Serbische Regierung nichts getan, um diese Bewegung zu unterdrücken. Sie duldete das verbrecherische Treiben der verschiedenen gegen die Monarchie gerichteten Vereine und Vereinigungen, die zügellose Sprache der Presse, die Verherrlichung der Urheber von Attentaten, die Teilnahme von Offizieren und Beamten an subversiven Umtrieben, sie duldete eine ungesunde Propaganda im öffentlichen Unterricht und duldete schliesslich alle Manifestationen, welche die serbische Bevölkerung zum Hasse gegen die Monarchie und zur Verachtung ihrer Einrichtungen verleiten konnten.

Diese Duldung, der sich die Königlich Serbische Regierung schuldig machte, hat noch in jenem Moment andauert, in dem die Ereignisse des 28. Juni der ganzen Welt die grauenhaften Folgen solcher Duldung zeigten.

Es erhellt aus den Aussagen und Geständnissen der verbrecherischen Urheber des Attentats vom 28. Juni, dass der Mord von Serajewo in Belgrad ausgeheckt wurde, dass die Mörder die Waffen und Bomben, mit denen sie ausgestattet waren, von serbischen Offizieren und Beamten erhielten, die der Narodna Odbrana angehörten, und dass schliesslich die Beförderung der Verbrecher und deren Waffen nach Bosnien von leitenden serbischen Grenzorganen veranstaltet und durchgeführt wurde.

Die angeführten Ergebnisse der Untersuchung gestatten es der k. und k. Regierung nicht, noch länger die Haltung zuwartender Langmut zu beobachten, die sie durch Jahre jenen Treibereien gegenüber eingenommen hatte, die ihren Mittelpunkt in Belgrad haben und von da auf die Gebiete der Monarchie übertragen werden. Diese Ereignisse legen der k. und k. Regierung vielmehr die Pflicht auf, Umtrieben ein Ende zu bereiten, die eine beständige Bedrohung für die Ruhe der Monarchie bilden.

Um diesen Zweck zu erreichen, sieht sich die k. und

k. Regierung gezwungen, von der serbischen Regierung eine **offizielle Versicherung zu verlangen, dass sie die gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Propaganda verurteilt**, das heisst die Gesamtheit der Bestrebungen, deren Endziel es ist, von der Monarchie Gebiete loszulösen, die ihr angehören, und dass sie sich **verpflichtet, diese verbrecherische und terroristische Propaganda mit allen Mitteln zu unterdrücken**.

Um diesen Verpflichtungen einen feierlichen Charakter zu geben, wird die Königlich Serbische Regierung auf der ersten Seite ihres offiziellen Organs vom 26./13. Juli nachfolgende Erklärung veröffentlichen:

„Die Königlich Serbische Regierung verurteilt die gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Propaganda, das heisst die Gesamtheit jener Bestrebungen, deren Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie Gebiete loszutrennen, die ihr angehören, und sie bedauert aufrichtigst die grauenhaften Folgen dieser verbrecherischen Handlungen.

Die Königlich Serbische Regierung bedauert, dass serbische Offiziere und Beamte an der vorgenannten Propaganda teilgenommen und damit die freundschaftlichen Beziehungen gefährdet haben, die zu pflegen sich die Königliche Regierung durch ihre Erklärung vom 31. März 1909 feierlichst verpflichtet hatte.

Die Königliche Regierung, die jeden Gedanken oder jeden Versuch einer Einmischung in die Geschicke der Bewohner was immer eines Teiles Oesterreich-Ungarns missbilligt und zurückweist, erachtet es für ihre Pflicht, die Offiziere und Beamten und die gesamte Bevölkerung des Königreichs ganz ausdrücklich aufmerksam zu machen, dass sie künftighin mit äusserster Strenge gegen jene Personen vorgehen wird, die sich derartiger Handlungen schuldig machen sollten, Handlungen, denen vorzubeugen und die zu unterdrücken sie alle Anstrengungen machen wird.

Diese Erklärung wird gleichzeitig zur Kenntnis der Königlichen Armee durch einen Tagesbefehl Seiner Majestät des Königs gebracht und in dem offiziellen Organ der Armee veröffentlicht werden.

Die Königlich Serbische Regierung verpflichtet sich überdies,

1. jede Publikation zu unterdrücken, die zum Hass und zur Verachtung der Monarchie aufreizt und deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität der letzteren gerichtet ist,

2. sofort mit der Auflösung des Vereins „Narodna Odbrana“ vorzugehen, dessen gesamte Propagandamittel zu konfiszieren und in derselben Weise gegen die anderen Vereine und Vereinigungen in Serbien einzuschreiten, die

sich mit der Propaganda gegen Oesterreich-Ungarn beschäftigen. Die Königliche Regierung wird die nötigen Massregeln treffen, damit die aufgelösten Vereine nicht etwa ihre Tätigkeit unter anderem Namen oder in anderer Form fortsetzen,

3. ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien, sowohl was den Lehrkörper als auch die Lehrmittel betrifft, alles zu beseitigen, was dazu dient oder dienen könnte, die Propaganda gegen Oesterreich-Ungarn zu nähren,

4. aus dem Militärdienst und der Verwaltung im allgemeinen alle Offiziere und Beamte zu entfernen, die der Propaganda gegen Oesterreich-Ungarn schuldig sind, und deren Namen unter Mitteilung des gegen sie vorliegenden Materials der Königlichen Regierung bekanntzugeben, sich die k. und k. Regierung vorbehält,

5. einzuwilligen, dass in Serbien Organe der k. und k. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirken,

6. eine gerichtliche Untersuchung gegen jene Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni einzuleiten, die sich auf serbischem Territorium befinden.

Von der k. und k. Regierung hierzu deligierte Organe werden an den bezüglichen Erhebungen teilnehmen,

7. mit aller Beschleunigung die Verhaftung des Majors Voja Tankkusic und eines gewissen Milan Ciganovic, serbischen Staatsbeamten, vorzunehmen, welche durch die Ergebnisse der Untersuchung kompromittiert sind,

8. durch wirksame Massnahmen die Teilnahme der serbischen Behörden an dem Einschmuggeln von Waffen und Explosivkörpern über die Grenze zu verhindern,

jene Organe des Grenzdienstes von Schabatz und Loznica, die den Urhebern des Verbrechens von Serajewo bei dem Uebertritt über die Grenze behilflich waren, aus dem Dienste zu entlassen und strenge zu bestrafen,

9. der k. und k. Regierung Aufklärungen zu geben über die nicht zu rechtfertigenden Aeusserungen hoher serbischer Funktionäre in Serbien und dem Auslande, die ihrer offiziellen Stellung ungeachtet nicht gezögert haben, sich nach dem Attentat vom 28. Juni in Interviews in feindlicher Weise gegen Oesterreich-Ungarn auszusprechen,

10. die k. und k. Regierung ohne Verzug von der Durchführung der in den vorigen Punkten zusammengefassten Massnahmen zu verständigen.

Die k. und k. Regierung erwartet die Antwort der

Königlichen Regierung spätestens bis Sonnabend, den 25. d. Mts., um 6 Uhr nachmittags.

Eine Memoire über die Ergebnisse der Untersuchung von Serajewo, soweit sie sich auf die Punkt 7 und 8 genannten Funktionäre beziehen, ist dieser Note beige-schlossen.

Beilage. Die bei dem Gericht in Serajewo gegen den Gabrilo Princip und Genossen wegen des am 28. Juni d. J. begangenen Meuchelmordes beziehungsweise wegen Mitschuld hieran anhängige Strafuntersuchung hat bisher zu folgenden Feststellungen geführt:

1. Der Plan, den Erzherzog Franz Ferdinand während seines Aufenthaltes in Serajewo zu ermorden, wurde in Belgrad von Gabrilo Princip, Nedeljko Gabrinovic, einem gewissen Milan Ciganovic und Trifko Grabez unter Beihilfe des Majors Voja Tankkosc ausgeheckt.

2. Die sechs Bomben und vier Browningpistolen, deren sich die Verbrecher als Werkzeuge bedienten, wurden dem Princip, Gabrinovic und Grabez in Belgrad von einem gewissen Milan Ciganovic und dem Major Voja Tankkosc verschafft und übergeben.

3. Die Bomben sind Handgranaten, die dem Waffen-depot der serbischen Armee in Kragujevac entstammen.

4. Um das Gelingen des Attentats zu sichern, unterwies Milan Ciganovic den Princip, den Gabrinovic und Grabez in der Handhabung der Granaten und gab in einem Walde neben dem Schiessfelde von Topschider dem Princip und Grabez Unterricht im Schiessen mit Browningpistolen.

5. Um dem Princip, Gabrinovic und Grabez den Uebergang über die bosnisch-herzegowinische Grenze und die Einschmuggelung ihrer Waffen zu ermöglichen, wurde ein ganzes geheimes Transportsystem durch Ciganovic organisiert. Der Eintritt der Verbrecher samt ihren Waffen nach Bosnien und der Herzegowina wurde von den Zollorganen Rudivoj Grbic von Loznica mit Beihilfe mehrerer anderer Personen durchgeführt.

NORDDEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG.

29. Juli 1914.

Oesterreich-Ungarn und die serbische Note.

Wien, 27. Juli. Die Note der Königlich Serbischen Regierung vom 12./25. Juli 1914 lautet in deutscher Uebersetzung wie folgt:

Die Königliche Regierung hat die Mitteilung der k. und k. Regierung vom 10. d. M. erhalten und ist überzeugt, dass ihre Antwort jedes Missverständnis zerstreuen wird, das die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der österreichischen Monarchie und dem Königreich Serbien zu stören droht.

Die Königliche Regierung ist sich bewusst, dass der grossen Nachbarmonarchie gegenüber bei keinem Anlass jene Proteste erneuert wurden, die seinerzeit sowohl in der Skupschina als auch in Erklärungen und Handlungen der verantwortlichen Vertreter des Staates zum Ausdruck gebracht wurden und die durch die **Erklärung der serbischen Regierung vom 18. März 1909** ihren Abschluss gefunden haben, sowie weiter, dass seit jener Zeit weder von den verschiedenen einander folgenden Regierungen des Königreichs noch von deren Organen der Versuch unternommen wurde, den in Bosnien und der Herzegowina geschaffenen politischen und rechtlichen Zustand zu ändern. Die Königliche Regierung stellt fest, dass die k. und k. Regierung in dieser Richtung keinerlei Vorstellung erhoben hat, abgesehen von dem Falle eines Lehrbuches, hinsichtlich dessen die k. und k. Regierung eine vollkommen befriedigende Aufklärung erhalten hat. Serbien hat während der Dauer der Balkankrise in zahlreichen Fällen Beweise für seine pazifistische und gemässigte Politik geliefert, und es ist nur Serbien und den Opfern, die es ausschliesslich im Interesse des europäischen Friedens gebracht hat, zu danken, wenn dieser Friede erhalten geblieben ist.

Dazu bemerkt die **Oesterreichisch-Ungarische Regierung**:

Die Königlich Serbische Regierung beschränkt sich darauf, festzustellen, dass seit Abgabe der Erklärung vom 18. März 1909 von seiten der Serbischen Regierung und ihrer Organe kein Versuch zur Aenderung der Stellung Bosniens und der Herzegovina unternommen wurde.

Damit verschiebt sie in bewusst willkürlicher Weise die Grundlagen unserer Demarche, da wir nicht die Behauptung aufgestellt haben, dass sie und ihre Organe in dieser Richtung offiziell irgend etwas unternommen hätten.

Unser Gravamen geht vielmehr dahin, dass sie es trotz der in der zitierten Note übernommenen Verpflichtungen unterlassen hat, die gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichtete Bewegung zu unterdrücken.

Ihre Verpflichtung bestand also darin, die ganze Richtung ihrer Politik zu ändern und zur österreichisch-ungarischen Monarchie in ein freundschaftliches Verhältnis zu treten, nicht bloss die Zugehörigkeit Bosniens zur Monarchie offiziell nicht anzutasten.

Die Note Serbiens fährt dann fort:

Die Königliche Regierung kann nicht für Aeusserungen privaten Charakters verantwortlich gemacht werden, wie es Zeitungsartikel und die friedliche Arbeit von Gesellschaften sind, Aeusserungen, die fast in allen Ländern ganz gewöhnliche Erscheinungen sind, und die sich im allgemeinen der staatlichen Kontrolle entziehen. Dies um so weniger, als die Königliche Regierung bei der Lösung einer ganzen Reihe von Fragen, die zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn aufgetaucht waren, grosses Entgegenkommen bewiesen hat, wodurch ihr es gelungen ist, deren grösseren Teil zugunsten des Fortschritts der beiden Nachbarländer zu lösen.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Die Behauptung der Königlich Serbischen Regierung, dass die Aeusserungen der Presse und die Tätigkeit von Vereinen privaten Charakter haben und sich der staatlichen Kontrolle entziehen, steht in vollem Widerspruche zu den Einrichtungen moderner Staaten, selbst der freiheitlichsten Richtung auf dem Gebiete des Press- und Vereinsrechts, das einen öffentlich-rechtlichen Charakter hat und Presse sowie Vereine der staatlichen Aufsicht unterstellt. Uebrigens sehen auch die serbischen Einrichtungen eine solche Aufsicht vor. Der gegen die Serbische Regierung erhobene Vorwurf geht eben dahin, dass sie es gänzlich unterlassen hat, ihre Presse und ihre Vereine zu beaufsichtigen, deren Wirkung im monarchiefeindlichen Sinne sie kannte.

Die Note Serbiens fährt fort:

Die Königliche Regierung war deshalb durch die Behauptungen, dass Angehörige Serbiens an der Vorbereitung des in Serajewo verübten Attentats teilgenommen hätten, schmerzlich überrascht. Sie hatte erwartet, zur Mitwirkung bei den Nachforschungen über dieses Verbrechen eingeladen zu werden, und war bereit, um ihre vollkommene Korrektheit durch Taten zu beweisen, gegen alle Personen vorzugehen, hinsichtlich welcher ihr Mitteilungen zugekommen wären.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Diese Behauptung ist unrichtig. Die Serbische Regierung war über den gegen ganz bestimmte Personen bestehenden Verdacht genau unterrichtet und nicht nur in der Lage, sondern auch nach ihren internen Gesetzen verpflichtet, ganz spontan Erhebungen einzuleiten. Sie hat in dieser Richtung garnichts unternommen.

Note Serbiens:

Den Wünschen der k. und k. Regierung entsprechend ist die Königliche Regierung bereit, dem Gericht ohne Rücksicht auf Stellung und Rang jeden serbischen Staatsangehörigen zu übergeben, für dessen Teilnahme an dem Serajewoer Verbrechen ihr Beweise geliefert werden sollten. Sie verpflichtet sich insbesondere auf der ersten Seite des Amtsblatts vom 13./26. Juli folgende Enuntiation zu veröffentlichen: Die Königlich Serbische Regierung verurteilt jede Propaganda, die gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet sein sollte, d. h. die Gesamtheit der Bestrebungen, die in letzter Linie auf die Losreissung einzelner Gebiete von der österreichisch-ungarischen Monarchie abzielen, und sie bedauert aufrichtig die traurigen Folgen dieser verbrecherischen Machenschaften.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Unsere Forderung lautete: „Die Königlich Serbische Regierung verurteilt die gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Propaganda . . .“

Die von der Königlich Serbischen Regierung vorgenommene Aenderung der von uns geforderten Erklärung will sagen, dass eine solche gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Propaganda nicht besteht, oder dass eine solche nicht bekannt ist. Diese Formel ist unaufrichtig und hinterhältig, da sich die Serbische Regierung damit für später die Ausflucht reserviert, sie hätte die derzeit bestehende Propaganda durch diese Erklärung nicht desavouiert und nicht als monarchiefeindlich anerkannt, woraus sie weiter ableiten könnte, dass sie zur Unterdrückung einer der jetzigen Propaganda gleichen nicht verpflichtet sei.

Note Serbiens:

Die Königliche Regierung bedauert, dass laut der Mitteilung der k. und k. Regierung gewisse serbische Offiziere und Funktionäre an der eben genannten Propaganda mitgewirkt, und dass diese damit die freundschaftlichen Beziehungen gefährdet hätten, zu deren Beobachtung sich die Königliche Regierung durch die Erklärung vom 31. März 1909 feierlich verpflichtet hatte.

Die Regierung . . .“ gleichlautend mit dem geforderten Texte.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Die von uns geforderte Formulierung lautete: „Die Königliche Regierung bedauert, dass serbische Offiziere und Funktionäre . . . mitgewirkt haben . . .“

Auch mit dieser Formulierung und dem weiteren Beisatz „laut der Mitteilung der k. und k. Regierung“

verfolgt die Serbische Regierung den bereits oben angedeuteten Zweck, sich für die Zukunft freie Hand zu wahren.

Note Serbiens:

Die Königliche Regierung verpflichtet sich weiter

1. Anlässlich des nächsten ordnungsmässigen Zusammentritts der Skupschina in das Pressgesetz eine Bestimmung einzuschalten, wonach die Aufreizung zum Hasse und zur Verachtung gegen die Monarchie sowie jede Publikation strengstens bestraft würde, deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität Oesterreich-Ungarns gerichtet ist.

Sie verpflichtet sich, anlässlich der demnächst erfolgenden Revision der Verfassung in den Artikel XXII des Verfassungsgesetzes einen Zusatz aufzunehmen, der die Konfiskation derartiger Publikationen gestattet, was nach den klaren Bestimmungen des Artikels XXII der Konstitution derzeit unmöglich ist.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Wir hatten gefordert:

„1. Jede Publikation zu unterdrücken, die zum Hasse und zur Verachtung der Monarchie aufreizt und deren Tendenz gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichtet ist.“

Wir wollten also die Verpflichtung Serbiens herbeiführen, dafür zu sorgen, dass derartige Pressangriffe in Hinkunft unterbleiben; wir wünschten also einen bestimmten Erfolg auf diesem Gebiete sichergestellt zu wissen.

Statt dessen bietet uns Serbien die Erlassung gewisser Gesetze an, welche als Mittel zu diesem Erfolge dienen sollen, und zwar:

a) Ein Gesetz, womit die fraglichen monarchiefeindlichen Pressäusserungen subjektiv bestraft werden sollen, was uns ganz gleichgültig ist, um so mehr, als bekanntermassen die subjektive Verfolgung von Pressdelikten äusserst selten möglich ist, und bei einer entsprechend laxen Behandlung eines solchen Gesetzes auch die wenigen Fälle dieser Art nicht zur Bestrafung kommen würden; also ein Vorschlag, der unserer Forderung in keiner Weise entgegenkommt, daher uns nicht die geringste Garantie für den von uns gewünschten Erfolg bietet;

b) ein Nachtragsgesetz zu Artikel XXII der Konstitution, dass die Konfiskation gestattet würde — ein Vorschlag, der uns gleichfalls nicht befriedigen kann, da der Bestand eines solchen Gesetzes in Serbien uns nichts nützt, sondern nur die Verpflichtung der Regierung, es auch anzuwenden, was uns aber nicht versprochen wird.

Diese Vorschläge sind also vollkommen unbefriedigend — dies um so mehr, als sie auch in der Richtung evasiv sind, dass uns nicht gesagt wird, innerhalb welcher Frist diese Gesetze erlassen würden, und dass im Falle der Ablehnung der Gesetzesvorlagen durch die Skupschina — von der eventuellen Demission der Regierung abgesehen — alles beim alten bliebe.

Note Serbiens:

2. Die Regierung besitzt keinerlei Beweise dafür und auch die Note der k. und k. Regierung liefert ihr keine solchen, dass der Verein „Narodna Odbrana“ und andere ähnliche Gesellschaften bis zum heutigen Tage durch eines ihrer Mitglieder irgendwelche verbrecherische Handlungen dieser Art begangen hätten. Nichtsdestoweniger wird die Königliche Regierung die Forderung der k. und k. Regierung annehmen und die Gesellschaft „Narodna Odbrana“ sowie jede Gesellschaft, die gegen Oesterreich-Ungarn wirken sollte, auflösen.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Die monarchiefeindliche Propaganda der „Narodna Odbrana“ und der ihr affilierten Vereine erfüllt in Serbien das ganze öffentliche Leben; es ist daher eine ganz unzulässige Reserve, wenn die serbische Regierung behauptet, dass ihr darüber nichts bekannt ist.

Ganz abgesehen davon ist die von uns aufgestellte Forderung nicht zur Gänze erfüllt, da wir überdies verlangen haben:

- die Propagandamittel dieser Gesellschaften zu konfiszieren;
- die Neubildung der aufgelösten Gesellschaften unter anderem Namen und in anderer Gestalt zu verhindern.

In diesen beiden Richtungen schweigt das Belgrader Kabinett vollkommen, so dass auch durch die gegebene halbe Zusage keine Garantie dafür geboten ist, dass dem Treiben der monarchiefeindlichen Assoziationen, insbesondere der „Narodna Odbrana“, durch deren Auflösung definitiv ein Ende bereitet wäre.

Note Serbiens:

3. Die Königlich Serbische Regierung verpflichtet sich, ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien alles auszuschneiden, was die gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Propaganda fördern könnte, falls ihr die k. und k. Regierung tatsächliche Beweise für diese Propaganda liefert.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Auch in diesem Falle verlangt die serbische Regierung erst Beweise dafür, dass im öffentlichen Unterrichte Serbiens eine monarchiefeindliche Propaganda betrieben wird, während sie doch wissen muss, dass die bei den serbischen Schulen eingeführten Lehrbücher in dieser Richtung zu beanstandenden Stoff enthalten, und dass ein grosser Teil der serbischen Lehrer im Lager der „Narodna Odbrana“ und der ihr affilierten Vereine steht.

Uebrigens hat die Serbische Regierung auch hier einen Teil unserer Forderungen nicht so erfüllt, wie wir es verlangt haben, indem sie in ihrem Texte den von uns gewünschten Beisatz „sowohl was den Lehrkörper, als auch was die Lehrmittel anbelangt“, wegliess — ein Beisatz, welcher ganz klar zeigt, wo die monarchiefeindliche Propaganda in der serbischen Schule zu suchen ist.

Note Serbiens:

4. Die Königliche Regierung ist auch bereit, jene Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Zivildienst zu entlassen, hinsichtlich welcher durch gerichtliche Untersuchung festgestellt wird, dass sie sich Handlungen gegen die territoriale Integrität der Monarchie haben zuschulden kommen lassen; sie erwartet, dass ihr die k. und k. Regierung zwecks Einleitung des Verfahrens die Namen dieser Offiziere und Beamten und die Tatsachen mitteilt, welche denselben zur Last gelegt werden.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Indem die Königlich Serbische Regierung die Zusage der Entlassung der fraglichen Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Zivildienst an den Umstand knüpft, dass diese Personen durch ein Gerichtsverfahren schuldig befunden werden, schränkt sie ihre Zusage auf jene Fälle ein, in denen diesen Personen ein strafgesetzlich zu ahndendes Delikt zur Last liegt. Da wir aber die Entfernung jener Offiziere und Beamten verlangen, die monarchiefeindliche Propaganda betreiben, was ja im allgemeinen in Serbien kein gerichtlich strafbarer Tatbestand ist, erscheinen unsere Forderungen auch in diesem Punkte nicht erfüllt.

Note der Königlich Serbischen Regierung:

5. Die Königliche Regierung muss bekennen, dass sie sich über den Sinn und die Tragweite jenes Begehrens der k. und k. Regierung nicht volle Rechenschaft geben kann, welches dahin geht, dass die Königlich Serbische Regierung sich verpflichten soll, auf ihren Gebieten die Mitwirkung von Organen der k. und k. Regierung zuzulassen, doch erklärt sie, dass sie jede Mitwirkung

anzunehmen bereit wäre, welche den Grundsätzen des Völkerrechts und des Strafprozesses sowie den freundschaftlichen Beziehungen entsprechen würde.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Mit dieser Frage hat das allgemeine Völkerrecht ebensowenig zu tun wie das Strafprozessrecht: Es handelt sich um eine Angelegenheit rein staatspolizeilicher Natur, die im Wege einer besonderen Vereinbarung zu lösen ist. Die Reserve Serbiens ist daher verständlich und wäre bei ihrer vagen allgemeinen Form geeignet, zu unüberbrückbaren Schwierigkeiten bei Abschluss des zu treffenden Abkommens zu führen.

Note der Königlich Serbischen Regierung:

6. Die Königliche Regierung hält es selbstverständlich für ihre Pflicht, gegen alle jene Personen eine Untersuchung einzuleiten, die an dem Komplott vom 15./28. Juni beteiligt waren oder beteiligt gewesen sein sollen und die sich auf ihrem Gebiete befinden. Was die Mitwirkung von hierzu speziell delegierten Organen der k. und k. Regierung an dieser Untersuchung anbelangt, so kann sie eine solche nicht annehmen, da dies eine Verletzung der Verfassung und des Strafprozessgesetzes wäre. Doch könnte den österreichisch-ungarischen Organen in einzelnen Fällen Mitteilung von den Ergebnissen der Untersuchung gemacht werden.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Unser Verlangen war ganz klar und nicht misszudeuten. Wir begehrt 1. Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen die Teilnehmer des Komplotts, 2. Teilnahme von k. und k. Organen an den hierauf bezüglichen Erhebungen (Recherche im Gegensatz zu enquete judiciaire), 3. es ist uns nicht beigefallen, k. und k. Organe an dem serbischen Gerichtsverfahren teilnehmen zu lassen: Sie sollten nur an den polizeilichen Vorhebungen mitwirken, welche das Material für die Untersuchung herbeizuschaffen und sicherzustellen hatten.

Wenn die Serbische Regierung uns hier missversteht, so tut sie dies bewusst, denn der Unterschied zwischen enquete judiciaire und den einfachen Recherchen muss ihr geläufig sein.

Da sie sich jeder Kontrolle des einzuleitenden Verfahrens zu entziehen wünschte, das bei korrekter Durchführung höchst unerwünschte Ergebnisse für sie liefern würde, und da sie keine Handhabe besitzt, in plausibler Weise die Mitwirkung unserer Organe an dem polizeilichen Verfahren abzulehnen (Analogien für solche polizeilichen Interventionen bestehen in grosser Menge), hat

sie sich auf einen Standpunkt begeben, der ihrer Ablehnung den Schein der Berechtigung geben und unserem Verlangen den Stempel der Unerfüllbarkeit aufdrücken soll.

Note der Serbischen Regierung:

7. Die Königliche Regierung hat noch am Abend des Tages, an dem ihr die Note zukam, die Verhaftung des Majors Voislav Tankosic verfügt. Was aber den Milan Ciganovic anbelangt, der ein Angehöriger der österreichisch-ungarischen Monarchie ist, und der bis zum 15. Juni (als Aspirant) bei der Eisenbahndirektion bedienstet war, so konnte dieser bisher nicht ausgeforscht werden, weshalb ein Steckbrief gegen ihn erlassen wurde.

Die k. und k. Regierung wird gebeten, zwecks Durchführung der Untersuchung sobald als möglich die bestehenden Verdachtsgründe und die bei der Untersuchung in Serajewo gesammelten Schuldbeweise in der bezeichneten Form bekanntzugeben.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Diese Antwort ist hinterhältig. Ciganovic ging laut der von uns veranlassten Nachforschung drei Tage nach dem Attentat, als bekannt wurde, dass Ciganovic an dem Komplott beteiligt war, auf Urlaub und begab sich im Auftrag der Polizeipräfektur in Belgrad nach Ribari. Es ist also zunächst unrichtig, dass Ciganovic schon am 15./28. Juni aus dem serbischen Staatsdienst schied. Hierzu kommt, dass der Polizeipräfekt von Belgrad, der die Abreise des Ciganovic selbst veranlasst hat und der wusste, wo dieser sich aufhielt, in einem Interview erklärte, ein Mann namens Milan Ciganovic existiere in Belgrad nicht.

Note der Serbischen Regierung:

8. Die Serbische Regierung wird die bestehenden Massnahmen gegen die Unterdrückung des Schmuggelns von Waffen und Explosivstoffen verschärfen und erweitern.

Es ist selbstverständlich, dass sie sofort eine Untersuchung einleiten und jene Beamten des Grenzdienstes in der Linie Sabae—Loznica streng bestrafen wird, die ihre Pflicht verletzt und die Urheber des Verbrechens die Grenze haben überschreiten lassen.

9. Die Königliche Regierung ist gern bereit, Erklärungen über die Aeusserungen zu geben, welche ihre Beamten in Serbien und im Ausland nach dem Attentat in Interviews gemacht haben und die nach der Behauptung der k. und k. Regierung der Monarchie feindselig waren, sobald die k. und k. Regierung die Stellen dieser Ausführungen bezeichnet und bewiesen haben wird, dass

diese Aeusserungen von den betreffenden Funktionären tatsächlich gemacht worden sind. Die Königliche Regierung wird selbst Sorge tragen, die nötigen Beweise und Ueberführungsmittel hierfür zu sammeln.

Anmerkung der k. und k. Regierung :

Der Königlich Serbischen Regierung müssen die bezüglich Interviews ganz genau bekannt sein. Wenn sie von der k. und k. Regierung verlangt, dass diese ihr allerlei Details über diese Interviews liefere und sich eine förmliche Untersuchung hierüber vorbehält, zeigt sie, dass sie auch die Forderung nicht ernstlich erfüllen will.

Note der Serbischen Regierung :

10. Die Königliche Regierung wird, sofern dies nicht schon in dieser Note geschehen ist, die k. und k. Regierung von der Durchführung der in den vorstehenden Punkten enthaltenen Massnahmen in Kenntnis setzen, sobald eine dieser Massregeln angeordnet und durchgeführt wird.

Die Königlich Serbische Regierung glaubt, dass es im gemeinsamen Interesse liegt, die Lösung dieser Angelegenheit nicht zu überstürzen und ist daher, falls sich die k. und k. Regierung durch diese Antwort nicht für befriedigt erachten sollte, wie immer bereit, eine friedliche Lösung anzunehmen, sei es durch Uebertragung der Entscheidung dieser Frage an das Internationale Gericht im Haag, sei es durch Ueberlassung der Entscheidung an die Grossmächte, welche an der Ausarbeitung der von der Serbischen Regierung am 18./31. März 1909 abgegebenen Erklärung mitgewirkt haben.—Schluss der Note.

* * *

Aus dem österreich-ungarischen Material.

Wien, 27. Juli. Das in der österreichisch-ungarischen Zirkularnote an die auswärtigen Botschaften in Angelegenheit des serbischen Konflikts erwähnte Dossier wird heute veröffentlicht.

In diesem Memoire wird darauf hingewiesen, dass die von Serbien ausgegangene Bewegung, die sich zum Ziele gesetzt hat, die südlichen Teile Oesterreich-Ungarns von der Monarchie loszureissen, um sie mit Serbien zu einer staatlichen Einheit zu verbinden, weit zurückgreift. Diese in ihren Endzielen stets gleichbleibende und nur in ihren Mitteln und an Intensität wechselnde Propaganda erreichte zur Zeit der Annexionskrise ihren Höhepunkt und trat damals offen mit ihren Tendenzen hervor. Während einerseits die gesamte serbische Presse zum Kampfe gegen die Monarchie aufrief, bildeten sich —

von anderen Propagandamitteln abgesehen — Assoziationen, die diese Kämpfe vorbereiteten, unter denen die **Narodna Odbrana** an Bedeutung hervorrangte. Aus einem revolutionären Komitee hervorgegangen, konstituierte sich diese vom Belgrader Auswärtigen Amte völlig abhängige Organisation unter Leitung von Staatsmännern und Offizieren, darunter dem General Jankovic und dem ehemaligen Minister Ivanovic. Auch Major Oja Tankovic und Milan Pribicevic gehören zu diesen Gründern. Dieser Verein hatte sich die Bildung und Ausrüstung von Freischaren für den bevorstehenden Krieg gegen die österreichisch-ungarische Monarchie zum Ziele gesetzt. In einer dem Memoire angefügten Anlage wird ein Auszug aus dem vom Zentralausschusse der Narodna Odbrana herausgegebenen Vereinsorgane gleichen Namens veröffentlicht, worin in mehreren Artikeln die Tätigkeit und Ziele dieses Vereins ausführlich dargelegt werden. Es heisst darin, dass zu der Hauptaufgabe der Narodna Odbrana die Verbindung mit ihren nahen und ferneren Brüdern jenseits der Grenze und unseren übrigen Freunden in der Welt gehören.

Oesterreich ist als erster und grösster Feind bezeichnet. Wie die Narodna Odbrana die Notwendigkeit des Kampfes mit Oesterreich predigt, predigt sie eine heilige Wahrheit unserer nationalen Lage. Das Schlusskapitel enthält einen Appell an die Regierung und das Volk Serbiens, sich mit allen Mitteln für den Kampf vorzubereiten, den die Annexion vorangezeigt hat.

Das Memoire schildert nach einer Aussage eines von der Narodna Odbrana angeworbenen Komitatschis die damalige Tätigkeit der Narodna Odbrana, die eine von zwei Hauptleuten, darunter Tankovic, geleitete **Schule zur Ausbildung von Banden** unterhielt, Schulen, welche von General Jankovic und von Hauptmann Milan Pribicevic regelmässig inspiziert wurden. Weiter wurden die Komitatschis im **Schiessen** und **Bombenwerfen**, im **Minenlegen**, **Sprengen von Eisenbahnbrücken** usw. unterrichtet. Nach der feierlichen Erklärung der Serbischen Regierung vom Jahre 1909 schien auch das Ende dieser Organisation gekommen zu sein. Diese Erwartungen haben sich aber nicht nur nicht erfüllt, sondern die Propaganda wurde durch die serbische Presse fortgesetzt. Das Memoire führt als Beispiel die Art und Weise an, wie das Attentat gegen den bosnischen Landeschef Varesanin publizistisch verwertet wurde, indem der Attentäter als serbischer Nationalheld gefeiert und seine Tat verherrlicht wurde. Diese Blätter wurden nicht nur in Serbien verbreitet, sondern auch auf wohlorganisierten Schleichwegen in die Monarchie hineingeschmuggelt.

Unter der gleichen Leitung wie bei ihrer Gründung wurde die Narodna Odbrana neuerlich der Zentralpunkt

einer Agitation, welcher der Schützenbund mit 762 Vereinen, ein Sokolbund mit 3500 Mitgliedern und verschiedene andere Vereine angehörten.

Im Kleide eines Kulturvereins auftretend, dem nur die geistige und die körperliche Entwicklung der Bevölkerung Serbiens sowie deren materielle Kräftigung am Herzen liegt, enthüllt die Narodna Odbrana ihr wahres reorganisiertes Programm in vorzitiertem Auszug aus ihrem Vereinsorgan, in welchem „die heilige Wahrheit“ gepredigt wird, dass es eine unerlässliche Notwendigkeit ist, gegen Oesterreich, seinen ersten grössten Feind, diesen Ausrottungskampf mit Gewehr und Kanone zu führen, und das Volk mit allen Mitteln auf den Kampf vorzubereiten, zur Befreiung der unterworfenen Gebiete, in denen viele Millionen unterjochter Brüder schmachten. Die in dem Memoire zitierten Aufrufe und Reden ähnlichen Charakters beleuchten die vielseitige auswärtige Tätigkeit der Narodna Odbrana und ihrer affilierten Vereine, die in Vortragsreisen, in der Teilnahme an Festen von bosnischen Vereinen, bei denen offen Mitglieder für die erwähnte serbische Vereinigung geworben wurden, besteht. Gegenwärtig ist noch die Untersuchung darüber im Zuge, dass die Sokolvereine Serbiens analoge Vereinigungen der Monarchie bestimmten, sich mit ihnen in einem bisher geheim gehaltenen Verbands zu vereinigen. Durch Vertrauensmänner und Missionäre wurde die Aufwiegelung in die Kreise Erwachsener und der urteilslosen Jugend gebracht. So wurden von Milan Pribicewitsch ehemalige Honvedoffiziere und ein Gendarmerieleutnant zum Verlassen des Heeresdienstes in der Monarchie unter bedenklichen Umständen verleitet. In den Schulen der Lehrerbildungsanstalten wurde eine weitgehende Agitation entwickelt. Der gewünschte Krieg gegen die Monarchie wurde militärisch auch insofern vorbereitet, als serbische Emissäre im Falle des Ausbruchs der Feindseligkeiten mit der Zerstörung von Transportmitteln usw., der Anfachung von Revolten und Paniken betraut wurden. Alles dies wird in einer besonderen Beilage belegt.

Das Memoire schildert ferner den Zusammenhang zwischen dieser Tätigkeit der Narodna Odbrana und den affilierten Organisationen mit den Attentaten gegen den Königlichen Kommissär in Agram Cuvaj im Juli 1912, dem Attentat von Dojic in Agram 1913 gegen Skerlec und dem missglückten Attentat Schäfers am 20. Mai im Aramer Theater. Es verbreitet sich hierauf über den Zusammenhang des **Attentats auf den Thronfolger und dessen Gemahlin**, über die Art, wie sich die Jungen schon in der Schule an dem Gedanken der Narodna Odbrana vergifteten und wie sich die Attentäter mit Hilfe von Pribicewic und Dacic die Werkzeuge zu dem Attentat

verschafften, wobei insbesondere die Rolle des Majors Tankosic dargelegt wird, der die Mordwaffen lieferte, wie auch die Rolle eines gewissen Ciganovic, eines gewesenen Komitatschi und jetzigen Beamten der serbischen Eisenbahndirektion Belgrad, der schon 1909 als Zögling der Bandenschule der damaligen Narodna Odrbrana auf-tauchte. Ferner wird die Art dargelegt, wie Bomben und Waffen unbemerkt nach Bosnien eingeschmuggelt wurden, die keinen Zweifel darüber lässt, dass dies ein wohl vorbereiteter und für die geheimnisvollen Zwecke der Narodna oft begangener Schleichweg war.

Eine Beilage enthält einen Auszug aus den Akten des Kreisgerichts in Serajewo über die **Untersuchung des Attentats** gegen den Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Gemahlin. Danach sind Princip, Cabrinovic, Grabez, Crupilovic und Papovic geständig, in Gemeinschaft mit dem flüchtigen Mehmedbasic ein **Komplott** zur Ermordung des Erzherzogs gebildet und ihn zu diesem Zweck aufgelauert zu haben. Cabrinovic ist geständig, die Bombe geworfen und Gabrilo Princip das Attentat mit der Browningpistole ausgeführt zu haben. Beide Täter gaben zu, bei der Verübung der Tat die Absicht des Mordes gehabt zu haben. Die weiteren Teile der Anlage enthalten weitere Angaben der Beschuldigten vor dem Untersuchungsrichter über Entstehung des Komplotts, Herkunft der Bomben, welche fabrikmässig hergestellt wurden, für militärische Zwecke bestimmt waren und ihrer Originalpackung nach aus dem serbischen Waffenlager aus Kragujevac stammten. Endlich gibt die Beilage Auskunft über den Transport der drei Attentäter und der Waffen von Serbien nach Bosnien. Aus dem weiteren Zeugenprotokoll ergibt sich, dass ein Angehöriger der Monarchie einige Tage vor dem Attentat dem österreichisch-ungarischen Konsulat in Belgrad Meldung von der Vermutung erstatten wollte, dass ein Plan zur Verübung des Attentats gegen den Erzherzog während dessen Anwesenheit in Bosnien bestehe. Dieser Mann soll nun durch Belgrader Polizeior-gane, welche ihn unmittelbar vor Betreten des Konsulats aus nichtigen Gründen verhafteten, an der Erstattung der Meldung verhindert worden sein. Weiter gehe aus dem Zeugenprotokoll hervor, dass die betreffenden **Polizeior-gane von dem geplanten Attentat Kenntnis gehabt hätten**. Da diese Angaben noch nicht nachgeprüft sind, kann über deren Stichhaltigkeit vorläufig noch kein Urtheil gefällt werden. In der Beilage zum Memoire heisst es: Vor dem Empfangsaal des serbischen Kriegsministeriums befinden sich an der Wand vier allegorische Bilder, von denen drei Darstellungen serbischer Kriegserfolge sind, während das vierte die Verwirklichung der monarchiefeindlichen Tendenzen Serbiens versinnbildlicht. Ueber

einer Landschaft, die teils Gebirge (Bosnien), teils Ebene (Südungarn) darstellt, geht die Zora, die Morgenröte der serbischen Hoffnungen, auf. Im Vordergrund steht eine bewaffnete Frauengestalt, auf deren Schilde die Namen aller „noch zu befreienden Provinzen“: Bosnien, Herzegowina, Wojwodina, Syrmien, Dalmatien usw. stehen.

Anlage 1b.

Der Reichskanzler an die Kaiserlichen Botschafter in Paris, London, St. Petersburg vom 23. Juli 1914:

Die Veröffentlichungen der Oesterreichisch-Ungarischen Regierung über die Umstände, unter denen das Attentat auf den österreichischen Thronfolger und seine Gemahlin stattgefunden hat, enthüllen offen die Ziele, die sich die grossserbische Propaganda gesetzt hat, und die Mittel, deren sie sich zur Verwirklichung derselben bedient. Auch müssen durch die bekannt gegebenen Tatsachen die letzten Zweifel darüber schwinden, dass das Aktionszentrum der Bestrebungen, die auf Loslösung der südslawischen Provinzen von der österreichisch-ungarischen Monarchie und deren Vereinigung mit dem serbischen Königreich hinauslaufen, in Belgrad zu suchen ist, und dort zum mindesten mit der Konnivenz von Angehörigen der Regierung und Armee seine Tätigkeit entfaltet.

Die serbischen Treibereien gehen auf eine lange Reihe von Jahren zurück. In besonders markanter Form trat der grossserbische Chauvinismus während der bosnischen Krisis in die Erscheinung. Nur der weitgehenden Selbstbeherrschung und Mässigung der Oesterreichisch-Ungarischen Regierung und dem energischen Einschreiten der Grossmächte war es zuzuschreiben, wenn die Provokationen, welchen Oesterreich-Ungarn in dieser Zeit von seiten Serbiens ausgesetzt war, nicht zum Konflikt führten. Die Zusicherung künftigen Wohlverhaltens, die die Serbische Regierung damals gegeben hat, hat sie nicht eingehalten. Unter den Augen, zum mindesten unter stillschweigender Duldung des amtlichen Serbiens, hat die grossserbische Propaganda inzwischen fortgesetzt an Ausdehnung und Intensität zugenommen; auf ihr Konto ist das jüngste Verbrechen zu setzen, dessen Fäden nach Belgrad führen. Es hat sich in unzweideutiger Weise kundgetan, dass es weder mit der Würde noch mit der Selbsterhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie vereinbar sein würde, dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zuzusehen, durch das die Sicherheit und die Integrität ihrer Gebiete dauernd bedroht wird. Bei dieser Sachlage können das Vorgehen sowie die Forderungen der Oesterreichisch-Ungarischen Regierung nur als gerechtfertigt angesehen wer-

den. Trotzdem schliesst die Haltung, die die öffentliche Meinung sowohl als auch die Regierung in Serbien in letzter Zeit eingenommen hat, die Befürchtung nicht aus, dass die Serbische Regierung es ablehnen wird, diesen Forderungen zu entsprechen, und dass sie sich zu einer provokatorischen Haltung Oesterreich-Ungarn gegenüber hinreissen lässt. Es würde der Oesterreichisch-Ungarischen Regierung, will sie nicht auf ihre Stellung als Grossmacht endgültig Verzicht leisten, nichts anderes übrigbleiben, als ihre Forderungen bei der Serbischen Regierung durch einen starken Druck und nötigenfalls unter der Ergreifung militärischer Massnahmen durchzusetzen, wobei ihr die Wahl der Mittel überlassen bleiben muss.

Ew. usw. beehre ich mich zu ersuchen, sich in vorstehendem Sinne (dem derzeitigen Vertreter des Herrn Viviani) (Sir Edward Grey) (Herrn Sassonow) gegenüber auszusprechen und dabei insbesondere der Anschauung nachdrücklich Ausdruck zu verleihen, dass es sich in der vorliegenden Frage um eine lediglich zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien zum Austrag zu bringende Angelegenheit handele, die auf die beiden direkt Beteiligten zu beschränken das ernste Bestreben der Mächte sein müsse. Wir wünschen dringend die Lokalisierung des Konflikts, weil jedes Eingreifen einer anderen Macht infolge der verschiedenen Bündnisverpflichtungen unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde.

Einem gefälligen telegraphischen Bericht über den Verlauf Ihrer Unterredung werde ich mit Interesse entgegensehen.

Anlage 2.

Der Reichskanzler an die Bundesregierungen.

Vertraulich!

Berlin, den 28. Juli 1914.

Euer pp. wollen der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, folgende Mitteilung machen:

Angesichts der Tatsachen, die die Oesterreichisch-Ungarische Regierung in ihrer Note an die Serbische Regierung bekanntgegeben hat, müssen die letzten Zweifel darüber schwinden, dass das Attentat, dem der österreichisch-ungarische Thronfolger und seine Gemahlin zum Opfer gefallen sind, in Serbien zum mindesten mit der Konnivenz von Angehörigen der Serbischen Regierung und Armee vorbereitet worden ist. Es ist ein Produkt der grossserbischen Bestrebungen, die seit einer Reihe von Jahren eine Quelle dauernder Beunruhigungen für die Oesterreichisch-Ungarische Monarchie und für ganz Europe geworden sind.

In besonders markanter Form trat der grossserbische

Chauvinismus während der bosnischen Krisis in die Erscheinung. Nur der weitgehenden Selbstbeherrschung und Mässigung der Oesterreichisch-Ungarischen Regierung und dem energischen Einschreiten der Grossmächte ist es zuzuschreiben, wenn die Provokationen, welchen Oesterreich-Ungarn in dieser Zeit von seiten Serbien ausgesetzt war, nicht zum Konflikt führten. Die Zusicherung künftigen Wohlverhaltens, die die Serbische Regierung damals gegeben hat, hat sie nicht eingehalten. Unter den Augen, zum mindesten unter stillschweigender Duldung des amtlichen Serbiens, hat die grossserbische Propaganda inzwischen fortgesetzt an Ausdehnung und Intensität zugenommen. Es würde weder mit der Würde noch mit ihrem Recht auf Selbsterhaltung vereinbar sein, wollte die Oesterreichisch-Ungarische Regierung dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zusehen, durch das die Sicherheit und die Integrität ihrer Gebiete dauernd bedroht wird. Bei dieser Sachlage müssen das Vorgehen sowie die Forderungen der Oesterreichisch-Ungarischen Regierung als gerechtfertigt angesehen werden.

Die Antwort der Serbischen Regierung auf die Forderungen, welche die Oesterreichisch-Ungarische Regierung am 23. d. Mts. durch ihren Vertreter in Belgrad hat stellen lassen, lässt indessen erkennen, dass die massgebenden Faktoren in Serbien nicht gesonnen sind, ihre bisherige Politik und agitatorische Tätigkeit aufzugeben. Der Oesterreichisch-Ungarischen Regierung wird demnach, will sie nicht auf ihre Stellung als Grossmacht endgültige Verzicht leisten, nichts anderes übrig bleiben, als ihre Forderungen durch einen starken Druck und nötigenfalls unter der Ergreifung militärischer Massnahmen durchzusetzen.

Einzelne russische Stimmen betrachten es als selbstverständliches Recht und als die Aufgabe Russlands, in dem Konflikte zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien aktiv für Serbien Partei zu ergreifen. Für die aus einem solchen Schritte Russlands resultierende europäische Konflagration glaubt die Nowoje Wremja sogar Deutschland verantwortlich machen zu dürfen, sofern es nicht Oesterreich-Ungarn zum Nachgeben veranlasst. Die russische Presse stellt hiermit die Verhältnisse auf den Kopf. Nicht Oesterreich-Ungarn hat den Konflikt mit Serbien hervorgerufen, sondern Serbien ist es gewesen, das durch eine skrupellose Begünstigung grossserbischer Aspirationen auch in Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie diese selbst in ihrer Existenz gefährdet und Zustände geschaffen hat, die schliesslich in der frevelhaften Tat von Serajewo ihren Ausdruck gefunden haben. Wenn Russland in diesem Konflikte für Serbien eintreten zu müssen glaubt, so ist das an sich

gewiss ein gutes Recht. Es muss sich aber darüber klar sein, dass es damit die serbischen Bestrebungen auf Unterhöhlung der Existenzbedingungen der österreichisch-ungarischen Monarchie zu den seinigen macht, und dass es allein die Verantwortung dafür trägt, wenn aus dem österreichisch-serbischen Handel, den alle übrigen Grossmächte zu lokalisieren wünschen, ein europäischer Krieg entsteht. Diese Verantwortung Russlands liegt klar zutage und wiegt um so schwerer, als Graf Berchthold Russland offiziell erklärt hat, es beabsichtige weder serbische Gebietsteile zu erwerben noch den Bestand des serbischen Königreichs anzutasten, sondern wolle lediglich Ruhe vor den seine Existenz gefährdenden serbischen Umtrieben haben.

Die Haltung der Kaiserlichen Regierung in dieser Frage ist deutlich vorgezeichnet. Die von den Panslawisten gegen Oesterreich-Ungarn betriebene Agitation erstrebt in ihrem Endziel, mittels der Zertrümmerung der Donaumonarchie die Sprengung oder Schwächung des Dreibundes und in ihrer Folgewirkung eine völlige Isolierung des Deutschen Reichs. Unser eigenstes Interesse ruft uns demnach an die Seite Oesterreich-Ungarns. Die Pflicht, Europa wenn irgend möglich vor einem allgemeinen Kriege zu bewahren, weist uns gleichzeitig darauf hin, diejenigen Bestrebungen zu unterstützen, die auf die Lokalisierung des Konflikts hinzielen, getreu den Richtlinien derjenigen Politik, die wir seit nunmehr 44 Jahren im Interesse der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens mit Erfolg durchgeführt haben. Sollte indess wider Erhoffen durch ein Eingreifen Russlands der Brandherd eine Erweiterung erfahren, so würden wir getreu unserer Bundespflicht mit der ganzen Macht des Reichs die Nachbarmonarchie zu unterstützen haben. Nur gezwungen werden wir zum Schwerte greifen, dann aber in dem ruhigen Bewusstsein, dass wir an dem Unheil keine Schuld tragen, das ein Krieg über Europas Völker bringen müsste.

Anlage 3.

Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in Wien an den Reichskanzler vom 24. Juli 1914.

Graf Berchtold hat heute den Russischen Geschäftsträger zu sich gebeten, um ihm eingehend und freundschaftlich den Standpunkt Oesterreich-Ungarns Serbien gegenüber auseinanderzusetzen. Nach Rekapitulierung der historischen Entwicklung der letzten Jahre betonte er, dass die Monarchie nicht daran denke, Serbien gegenüber erobernd aufzutreten. Oesterreich-Ungarn werde kein serbisches Territorium beanspruchen. Es halte strikt

daran fest, dass der Schritt nur eine definitive Massregel gegenüber den serbischen Wühlereien zum Ziele habe. Notgedrungen müsse Oesterreich-Ungarn Garantien für ein weiteres freundschaftliches Verhalten Serbiens der Monarchie gegenüber verlangen. Es liege ihm fern, eine Verschiebung der Machtverhältnisse im Balkan herbeiführen zu wollen. Der Geschäftsträger, der noch keine Weisung aus Petersburg hatte, hat die Ausführungen des Ministers ad referendum genommen mit der Zusage, sie sofort Sassonow zu unterbreiten.

Anlage 4.

Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in
Petersburg an den Reichskanzler
vom 24. Juli 1914.

Den Inhalt des Erlasses 592 habe ich soeben in einer langen Unterredung mit Sassonow eingehend verwertet. Der Minister erging sich gegen Oesterreich-Ungarn in masslosen Anklagen und war sehr erregt. Auf das bestimmteste erklärte er: dass die serbisch-österreichische Differenz zwischen den Beteiligten allein ausgetragen werde, könne Russland unmöglich zulassen.

Anlage 5.

Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg
an den Reichskanzler.
Telegramm vom 26. Juli 1914.

Der Oesterreichisch-Ungarische Botschafter hatte heute nachmittag eine längere Unterredung mit Sassonow. Beide Beteiligte hatten, wie sie mir nachher sagten, einen befriedigenden Eindruck. Die Versicherung des Botschafters, dass Oesterreich-Ungarn keine Eroberungspläne habe und nur endlich an seinen Grenzen Ruhe halten wolle, hat den Minister sichtlich beruhigt.

Anlage 6.

Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in
Petersburg an den Reichskanzler
vom 25. Juli 1914.

Meldung für S. M. von General von Chelius. Im Krasnoelager wurden heute die Truppenübungen plötzlich abgebrochen, und die Regimenter kehren in ihre Garnisonen sofort zurück. Die Manöver sind abgesagt worden. Die Kriegsschüler wurden heute statt im

Herbst zu Offizieren befördert. Ueber das Vorgehen Oesterreichs herrscht im Hauptquartier grosse Aufregung. Ich habe den Eindruck, dass alle Vorbereitungen für die Mobilmachung gegen Oesterreich getroffen werden.

Anlage 7.

Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in
Petersburg an den Reichskanzler vom
26. Juli 1914.

Der Militärattaché bittet um Uebermittlung nachstehender Meldung an den Generalstab:

Ich halte es für sicher, dass für Kiew und Odessa die Mobilmachung befohlen worden ist. Bei Warschau und Moskau ist dies fraglich und bei den anderen wohl noch nicht der Fall.

Anlage 8.

Telegramm des Kaiserlichen Konsulatsverwesers
in Kowno an den Reichskanzler vom
27. Juli 1914.

In Kowno Kriegszustand erklärt.

Anlage 9.

Telegramm des Kaiserlichen Gesandten in Bern
an den Reichskanzler vom 27. Juli 1914.

Erfahre zuverlässig, dass französisches XIV. Korps Manöver abbrach.

Anlage 10.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in London.

Dringend.

26. Juli 1914.

Oesterreich-Ungarn hat in Petersburg offiziell und feierlich erklärt, dass es keinen territorialen Gewinn in Serbien beabsichtigt, den Bestand des Königreichs nicht antasten, sondern nur Ruhe schaffen wolle. Nach hier eingegangenen Nachrichten steht in Russland Einberufung mehrerer Reservisten-Jahrgänge unmittelbar bevor, was einer Mobilisierung auch gegen uns gleichkommen würde. Wenn sich diese Nachrichten bewahrheiten, so werden wir gegen unseren Wunsch zu Gegenmassregeln gezwungen. Auch heute noch geht

unser Streben dahin, den Konflikt zu lokalisieren und den europäischen Frieden zu erhalten. Wir bitten daher in diesem Sinne in Petersburg mit allem Nachdruck zu wirken.

Anlage 10a.

Telegramm des Reichskanzlers an den
Kaiserlichen Botschafter in Paris vom
26. Juli 1914.

Nachdem Oesterreich-Ungarn Russland offiziell erklärt hat, dass es keinen territorialen Gewinn beabsichtige, den Bestand des Königreichs nicht antasten wolle, liegt die Entscheidung, ob ein europäischer Krieg entstehen soll, nur bei Russland, das die gesamte Verantwortung zu tragen hat. Wir vertrauen auf Frankreich, mit dem wir uns in dem Wunsche um die Erhaltung des europäischen Friedens eins wissen, dass es in Petersburg seinen Einfluss in beruhigendem Sinne geltend machen wird.

Anlage 10b.

Telegramm des Reichskanzlers an den
Kaiserlichen Botschafter in Petersburg
vom 26. Juli 1914.

Nachdem Oesterreich sein territoriales Desinteressement feierlich erklärt hat, ruht die Verantwortung für eine eventuelle Störung des europäischen Friedens durch eine russische Intervention allein auf Russland. Wir vertrauen immer noch darauf, dass Russland keine Schritte unternehmen wird, die den europäischen Frieden ernstlich gefährden würden.

Anlage 11.

Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in
Petersburg an den Reichskanzler vom
27. Juli 1914.

Militärattaché meldet über Gespräch mit Kriegsminister:

Sassonow habe diesen letzteren gebeten, mich über die Lage aufzuklären. Der Kriegsminister hat mir sein Ehrenwort darauf gegeben, dass noch keine Mobilmachungsordre ergangen sei. Es würden lediglich vorläufig Vorbereitungsmaßnahmen getroffen, aber es sei kein

Reservist eingezogen und kein Pferd ausgehoben. Wenn Oesterreich die serbische Grenze überschreiten werde, so werden diejenigen Militärbezirke, die auf Oesterreich gerichtet sind, Kiew, Odessa, Moskau, Kasan, mobilisiert werden. Diejenigen an der deutschen Front, Warschau, Wilna, Petersburg unter keinen Umständen. Man wünsche den Frieden mit Deutschland dringend. Auf meine Frage nach dem Zwecke der Mobilmachung gegen Oesterreich erfolgte Achselzucken, und es wurde auf die Diplomatie hingewiesen. Ich sagte dem Minister, dass man die freundschaftlichen Absichten bei uns würdige, aber auch die allein gegen Oesterreich gerichtete Mobilmachung als sehr bedrohlich ansehen werde.

Anlage 12.

Telegramm des Reichskanzlers an den
Kaiserlichen Botschafter in London vom
27. Juli 1914.

Von einem Vorschlag Sir Edward Grey's, eine Konferenz in London zu vieren abzuhalten, ist hier bisher nichts bekannt. Es ist für uns unmöglich, unseren Bundesgenossen in seiner Auseinandersetzung mit Serbien vor ein europäisches Gericht zu ziehen. Unsere Vermittlungstätigkeit muss sich auf die Gefahr eines österreichisch-russischen Konfliktes beschränken.

Anlage 13.

Telegramm des Reichskanzlers an den
Kaiserlichen Botschafter in London vom
25. Juli 1914.

Die von Sir Edward Grey zwischen österreichisch-serbischem und österreichisch-russischem Konflikte gemachte Unterscheidung trifft vollkommen zu. Wir wollen ebensowenig wie England uns in ersteren einmischen, und nach wie vor vertreten wir den Standpunkt, dass diese Frage dadurch lokalisiert bleiben muss, dass alle Mächte sich der Einmischung enthalten. Es ist deshalb unsere dringende Hoffnung, dass Russland sich eines jeden aktiven Eingriffs enthalten wird, im Bewusstsein seiner Verantwortung und des Ernstes der Situation. Wir sind, falls ein österreichisch-russischer Streit entstehen sollte, bereit, vorbehaltlich unserer bekannten Bündnispflichten, zwischen Russland und Oesterreich mit den anderen Grossmächten zusammen eine Vermittlung eintreten zu lassen.

Anlage 14.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Petersburg vom
28. Juli 1914.

Wir bemühen uns unausgesetzt, Wien zu veranlassen, in Petersburg Zweck und Umfang des österreichischen Vorgehens in Serbien in einer unanfechtbaren und hoffentlich Russland befriedigenden Weise klarzulegen. Hieran ändert auch die inzwischen erfolgte Kriegserklärung nichts.

Anlage 15.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in London vom
27. Juli 1914.

Wir haben die Vermittlungsaktion in Wien in dem von Sir Edward Grey gewünschten Sinne sofort eingeleitet. Ueberdies haben wir Graf Berchtold auch den Wunsch des Herrn Sassonow auf direkte Aussprache mit Wien mitgeteilt.

Anlage 16.

Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in
Wien an den Reichskanzler vom
28. Juli 1914.

Graf Berchtold bittet mich, Euerer Excellenz seinen verbindlichen Dank für Mitteilung des englischen Vermittlungsvorschlages zu sagen. Er bemerkt jedoch dazu, dass nach Eröffnung der Feindseligkeiten seitens Serbiens und nach der inzwischen erfolgten Kriegserklärung, er den Schritt Englands als verspätet ansehen müsse.

Anlage 17.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Paris vom 29. Juli.

Die uns über französische Kriegsvorbereitungen zugehenden Nachrichten mehren sich von Stunde zu Stunde. Ich bitte dies bei der Französischen Regierung zur Sprache zu bringen und sie eindringlichst darauf hinzuweisen, dass uns derartige Massnahmen zu Schutzmassregeln zwingen würden. Wir würden Kriegsgefahr proklamieren müssen, und wenn dies auch noch keine

Einberufungen und noch nicht Mobilisierung bedeute, so würde dadurch immerhin die Spannung erhöht werden. Wir hofften fortgesetzt noch auf Erhaltung des Friedens.

Anlage 18.

Telegramm des Militärbevollmächtigten in
St. Petersburg an S. M. den Kaiser
vom 30. Juli.

Gestern sagte mir Fürst Troubetzki, nachdem er veranlasst hatte, dass Euer Majestät Telegramm an Kaiser Nikolaus sofort übermittelt wurde: Gottlob, dass ein Telegramm Ihres Kaisers gekommen ist. Er sagte mir nun soeben, das Telegramm hätte auf den Kaiser tiefen Eindruck gemacht, aber da die Mobilisierung gegen Oesterreich bereits befohlen gewesen und Sassonow Seine Majestät wohl davon überzeugt hätte, dass es nicht mehr möglich sei, zurückzuweichen, so könne Seine Majestät leider nichts mehr ändern. Ich sagte ihm darauf, die Schuld an den unabsehbaren Folgen trage die frühzeitige Mobilisierung gegen das doch nur in einen lokalen Krieg mit Serbien verwickelte Oesterreich-Ungarn, denn Deutschlands Antwort darauf sei wohl klar und die Verantwortung fiele auf Russland, welches Oesterreich-Ungarns Zusicherung, dass es territoriale Erwerbungen in Serbien in keiner Weise beabsichtige, ignoriert habe. Oesterreich-Ungarn habe gegen Serbien und nicht gegen Russland mobilisiert, und zum sofortigen Eingreifen sei kein Grund für Russland. Ich fügte des weiteren hinzu, dass man in Deutschland die Redensart Russlands „wir können unsere Brüder in Serbien nicht im Stich lassen“ nach dem furchtbaren Verbrechen von Serajewo nicht mehr verstehe. Ich sagte ihm schliesslich, er möge, wenn Deutschlands Streitmacht mobilisiert werde, sich nicht wundern.

Anlage 19.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Rom vom 31. Juli 1914.

Fortgesetzt ist von uns zwischen Russland und Oesterreich-Ungarn sowohl durch direkten Depeschenwechsel Seiner Majestät des Kaisers mit Seiner Majestät dem Zaren als auch im Benehmen mit Sir Edward Grey vermittelt worden. Durch die Mobilisierung Russlands sind jedoch alle unsere Bemühungen sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Trotz beruhigender Versicherungen trifft Russland allen uns zugegangenen Nachrichten zufolge so weitgehende Massnahmen auch gegen uns, dass die Lage immer bedrohlicher wird.

Anlage 20.

I. Seine Majestät an den Zaren.

28. Juli 10.45 p. m.

Mit der grössten Beunruhigung höre ich von dem Eindruck, den Oesterreich-Ungarns Vorgehen gegen Serbien in Deinem Reiche hervorruft. Die skrupellose Agitation, die seit Jahren in Serbien getrieben worden ist, hat zu dem empörenden Verbrechen geführt, dessen Opfer Erzherzog Franz Ferdinand geworden ist. Der Geist, der die Serben ihren eigenen König und seine Gemahlin morden liess, herrscht heute noch in jenem Lande. Zweifellos wirst Du mit mir darin übereinstimmen, dass wir beide, Du und ich sowohl, als alle Souveräne ein gemeinsames Interesse daran haben, darauf zu bestehen, dass alle diejenigen, die für den scheusslichen Mord moralisch verantwortlich sind, ihre verdiente Strafe erleiden.

Andererseits übersehe ich keineswegs, wie schwierig es für Dich und Deine Regierung ist, den Strömungen der öffentlichen Meinung entgegenzutreten. Eingedenk der herzlichen Freundschaft, die uns beide seit langer Zeit mit festem Band verbindet, setze ich daher meinen ganzen Einfluss ein, um Oesterreich-Ungarn dazu zu bestimmen, eine offene und befriedigende Verständigung mit Russland anzustreben. Ich hoffe zuversichtlich, dass Du mich in meinen Bemühungen, alle Schwierigkeiten, die noch entstehen können, zu beseitigen, unterstützen wirst.

Dein sehr aufrichtiger und ergebener Freund und Vetter

gez. Wilhelm.

Anlage 21.

II. Der Zar an Seine Majestät.

Peterhof, Palais, 29. Juli 1 p. m.

Ich bin erfreut, dass Du zurück in Deutschland bist. In diesem so ernstesten Augenblick bitte ich Dich inständig mir zu helfen. Ein schmählicher Krieg ist an ein schwaches Land erklärt worden, die Entrüstung hierüber, die ich völlig teile, ist in Russland ungeheuer. Ich sehe voraus, dass ich sehr bald dem Druck, der auf mich ausgeübt wird, nicht mehr werde widerstehen können und gezwungen sein werde, Massregeln zu ergreifen, die zum Kriege führen werden. Um einem Unglück, wie es ein europäischer Krieg sein würde, vorzubeugen, bitte ich Dich im Namen unserer alten Freundschaft, alles Dir mögliche zu tun, um Deinen Bundesgenossen davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen.

gez. Nikolaus.

Anlage 22.

III. Seine Majestät an den Zaren.

29. Juli 6.30 p. m.

Ich habe Dein Telegramm erhalten und teile Deinen Wunsch nach Erhaltung des Friedens. Jedoch kann ich—wie ich Dir in meinem ersten Telegramm sagte—Oesterreich-Ungarns Vorgehen nicht als „schmählichen Krieg“ betrachten. Oesterreich-Ungarn weiss aus Erfahrung, dass Serbiens Versprechungen, wenn sie nur auf dem Papier stehen, gänzlich unzuverlässig sind. Meiner Ansicht nach ist Oesterreich-Ungarns Vorgehen als ein Versuch zu betrachten, volle Garantie dafür zu erhalten, dass Serbiens Versprechungen auch wirklich in die Tat umgesetzt werden. In dieser Ansicht werde ich bestärkt durch die Erklärung des österreichischen Kabinetts, dass Oesterreich-Ungarn keine territorialen Eroberungen auf Kosten Serbiens beabsichtigt. Ich meine daher, dass es für Russland durchaus möglich ist, dem österreichisch-serbischen Krieg gegenüber in der Rolle des Zuschauers zu verharren, ohne Europa in den schrecklichsten Krieg hineinzuziehen, den es jemals erlebt hat. Ich glaube, dass eine direkte Verständigung zwischen Deiner Regierung und Wien möglich und wünschenswert ist, eine Verständigung, die—wie ich Dir schon telegraphierte—meine Regierung mit allen Kräften zu fördern bemüht ist. Natürlich würden militärische Massnahmen Russlands, welche Oesterreich-Ungarn als Drohung auffassen könnte, ein Unglück beschleunigen, das wir beide zu vermeiden wünschen, und würden auch meine Stellung als Vermittler, die ich—auf Deinen Appell an meine Freundschaft und Hilfe—bereitwillig angenommen habe, untergraben.

gez. **Wilhelm.**

Anlage 23.

IV. Seine Majestät an den Zaren.

30. Juli 1 a. m.

Mein Botschafter ist angewiesen, Deine Regierung auf die Gefahren und schweren Konsequenzen einer Mobilisation hinzuweisen; das gleiche habe ich Dir in meinem letzten Telegramm gesagt. Oesterreich-Ungarn hat nur gegen Serbien mobilisiert, und zwar nur einen Teil seiner Armee. Wenn Russland, wie es jetzt nach Deiner und Meiner Regierung Mitteilung der Fall ist, gegen Oesterreich-Ungarn mobil macht, so wird die Vermittlerrolle, mit der Du mich in freundschaftlicher Weise be-trautest und die ich auf Deine ausdrückliche Bitte angenommen habe, gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht.

Die ganze Schwere der Entscheidung ruht jetzt auf Deinen Schultern, sie haben die Verantwortung für Krieg oder Frieden zu tragen.

gez. **Wilhelm.**

Anlage 23a.

V. Der Zar an Seine Majestät.

Peterhof, den 30. Juli 1914, 1 h. 20. p. m.

Ich danke Dir von Herzen für Deine rasche Antwort. Ich entsende heute Abend Tatischeff mit Instruktion. Die jetzt in Kraft tretenden militärischen Massnahmen sind schon vor 5 Tagen beschlossen worden, und zwar aus Gründen der Verteidigung gegen die Vorbereitungen Oesterreichs. Ich hoffe von ganzem Herzen, dass diese Massnahmen in keiner Weise Deine Stellung als Vermittler beeinflussen werden, die Ich sehr hoch anschlage. Wir brauchen Deinen starken Druck auf Oesterreich, damit es zu einer Verständigung mit uns kommt.

Nicolaus.

Anlage 24.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Petersburg vom 31. Juli 1914. Dringend.

Trotz noch schwebender Vermittelungsverhandlungen und obwohl wir selbst bis zur Stunde keinerlei Mobilmachungsmassnahmen getroffen haben, hat Russland ganze Armees und Flotte, also auch gegen uns, mobilisiert. Durch diese russischen Massnahmen sind wir gezwungen worden, zur Sicherung des Reiches die drohende Kriegsgefahr auszusprechen, die noch nicht Mobilisierung bedeutet. Die Mobilisierung muss aber folgen, falls nicht Russland binnen zwölf Stunden jede Kriegsmassnahme gegen uns und Oesterreich-Ungarn einstellt und uns hierüber bestimmte Erklärung abgibt. Bitte dies sofort Herrn Sassonow mitteilen und Stunde der Mitteilung drahten.

Anlage 25.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Paris vom 31. Juli 1914.
Dringend.

Russland hat trotz unserer noch schwebenden Vermittelungsaktion und obwohl wir selbst keinerlei Mobilmachungsmassnahmen getroffen haben, Mobilmachung

seiner gesamten Armee und Flotte, also auch gegen uns, verfügt. Wir haben darauf drohenden Kriegszustand erklärt, dem Mobilmachung folgen muss, falls nicht Russland binnen 12 Stunden alle Kriegsmassnahmen gegen uns und Oesterreich einstelle. Die Mobilmachung bedeutet unvermeidlich Krieg. Bitte französische Regierung fragen, ob sie in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben will. Antwort muss binnen 18 Stunden erfolgen. Sofort Stunde der gestellten Anfrage drahten. Grösste Eile geboten.

Anlage 26.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Petersburg vom 1. August
12.52 p. m. Dringend.

Falls die Russische Regierung keine befriedigende Antwort auf unsere Forderung erteilt, so wollen Euere Excellenz ihr heute nachmittag 5 Uhr (mitteleuropäische Zeit) folgende Erklärung überreichen:

Le Gouvernement Impérial s'est efforcé dès les débuts de la crise de la mener à une solution pacifique. Se rendant à un désir que lui en avait été exprimé par Sa Majesté l'Empereur de Russie, Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne d'accord avec l'Angleterre était appliqué à accomplir un rôle médiateur auprès des Cabinets de Vienne et de St. Pétersbourg, lorsque la Russie, sans en attendre le résultat, procéda à la mobilisation de la totalité de ses forces de terre et de mer.

A la suite de cette mesure menaçante motivée par aucun préparatif militaire de la part de l'Allemagne l'Empire Allemand se trouva vis-à-vis d'un danger grave et imminent. Si le Gouvernement Impérial eût manqué de parer à ce péril il aurait compromis la sécurité et l'existence même de l'Allemagne. Par conséquent le Gouvernement Allemand se vit forcé de s'adresser au Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies en insistant sur la cessation des dits actes militaires. La Russie ayant refusé de faire droit à cette demande et ayant manifesté par ce refus, que son action était dirigée contre l'Allemagne, j'ai l'honneur d'ordre de mon Gouvernement de faire savoir à Votre Excellence ce qui suit:

Sa Majesté l'Empereur, mon auguste Souverain, au nom de l'Empire, relève le défi et Se considère en état de guerre avec la Russie.

Bitte Eingang und Zeitpunkt der Ausführung dieser Instruktion nach russischer Zeit dringend drahten.

Bitte Ihre Pässe fordern und Schutz und Geschäfte Amerikanischer Botschaft übergeben.

Anlage 27.

Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in
Paris an den Reichskanzler vom 1.

August 1 Uhr 5 Min. nm.

Auf meine wiederholte bestimmte Frage, ob Frankreich im Falle eines russisch-deutschen Krieges neutral bleibe, erklärte der Ministerpräsident mir, dass Frankreich das tun werde, was seine Interessen ihm geböten.

„England, der Hauptschuldige am europäischen Welt-Krieg!“

Als am 25. Juli 1914 durch die ungenügende Beantwortung seitens Serbiens auf die österreichische Note die diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn einerseits und Serbien andererseits abgebrochen wurden, zog über Europas Friedenshimmel eine schwarze Wolke dahin, die mit bangem Gefühl von der ganzen Welt betrachtet wurde.

Wenn man die politische Geschichte dieser nunmehr aneinandergeratenen zwei Mächten durch die vorausgegangenen Vorgänge auf dem Balkan betrachtet, so musste jeder einigermassen denkende Mensch sich sagen, dass wenn nicht plötzlich ein Wunder in der Weltgeschichte geschehen kann, die sich bis auf's Aeusserste zugespitzten serbisch-österreichischen Differenzen zu einem Konflikt zwischen beiden Mächten als unvermeidlich entwickelt haben.

Oesterreich-Ungarn trug den Krug noch viel zu lange zu Wasser, indem Serbien den Henkel durch seine sich herausfordernde Uebergriffe gegenüber der österreichisch-ungarischen Monarchie zuschulden kommen liess und abbrach. Die Bemühungen einer sehr mächtigen serbischen Strömung gingen offensichtlich darauf hinaus, einen erheblichen Teil der Doppelmonarchie loszureissen und sich einzuverleiben. So müsste Oesterreich-Ungarn als Grosstaat abdanken, es müsste seinen Zerfall mit Stillschweigen über sich ergehen lassen, wenn es nicht endlich sich dazu aufraffte den serbischen Wühlereien ein für allemal ein Ende zu machen. Das war es, was die Doppelmonarchie durch ihre Note erreichen wollte. Hätte sich Serbien gefügt, dann wäre die serbische Agitation auf österreich-ungarischem Gebiet für die Zukunft ausgeschaltet gewesen; aber seiner friedlichen Entwicklung waren keine Fesseln angelegt. In Forderungen solcher Art war die Doppelmonarchie im Interesse ihrer Selbsterhaltung genötigt. Vom aufrichtig unparteiischen Standpunkte aus betrachtet versteht es sich von selbst, dass das energische Vorgehen der Doppelmonarchie seiner ganzen Tendenz nach als unbedingt notwendig und in jeder Hinsicht berechtigt anerkannt werden muss.

Deutschland, das seinem Schutz- und Trutzverbündeten in dieser schweren Stunde ehrlich zur Seite

stand, arbeitete mit Händen und Füßen darauf hin, dass die serbisch-österreichischen Differenzen lokalisiert bleiben müssten. Nur musste Deutschland die unumgängliche Bedingung stellen, dass auch von den anderen europäischen Grossmächten (England, Frankreich, Italien und Russland) die gleiche Enthaltensamkeit beobachtet würde.

England gab, jedenfalls in heuchlerischer Absicht, seine Ansicht kund, dass es das Vorgehen der österreichischen Regierung für berechtigt ansehe.

Frankreich gab vor, dass es entschieden in den orientalischen Angelegenheiten am wenigsten engagiert sei.

Italien erklärte, auch die serbische Regierung müsse anerkennen, dass Oesterreichs Forderungen streng gerechtfertigt seien, wolle Serbien noch als Regierung eines Kulturstaates gelten.

Russland aber glaubte eine ganz andere Haltung einnehmen zu sollen. Unverzüglich trat die russische Regierung auf den Plan. Sie erklärte, dass sie im serbisch-österreichischen Konflikt nicht indifferent bleiben könne.

Dieser russischen Erklärung folgte die Tat auf dem Fusse, indem sofort mobilisiert wurde. Noch glaubte Deutschland mit Russland auf diplomatischem Wege eine friedliche Verständigung in der österreichisch-serbischen Krisis durch eine Lokalisierung auf diese beiden Mächten herbeizuführen, um den schon so lange in der Luft hängenden russisch-österreichischen Konflikt im Keime ersticken zu können, ohne dass hierbei die Waffen entscheiden müssten. Deutschland musste der russischen Regierung klar und deutlich dabei zu verstehen geben, dass es eingedenk seiner Bündnispflichten Oesterreichs gegenüber nicht stillschweigend noch länger zusehen könnte, wenn Russland mit dem begonnenen Säbelgerassel fortfahren würde und verlangte von der russischen Regierung in Form einer diplomatischen Note eine Erklärung, was Russland mit seinem Mobilisierungsbefehl bezwecken wolle und gegen wen es mit den Waffen vorzugehen vorhabe.

Russischerseits war man um schönen Ausreden und Versprechungen nur den Frieden aufrecht zu erhalten nicht verlegen, setzte aber trotzdem die begonnene Mobilmachung in herausfordernder Weise mit vermehrtem Eifer fort, und liess seine Truppen nicht nur gegen die österreichischen Grenzen, sondern sogar gegen die deutschen Grenzen aufmarschieren.

Als nun die hierauf von Deutschland an Russland gerichtete Note in Form eines Ultimatum zur Abrüstung der mobilgemachten Truppen in schnöder, herausfordernder Haltung fortgesetzt, und damit ignoriert wurde, da konnte unser deutscher Kaiser nicht umhin

sein wutschnaubendes Volk mehr zu beruhigen, als nach fruchtlosem Ablauf des an Russland gestellten Ultimatums die folgende Mobilmachung zu veröffentlichen:

„Ich bestimme hiermit:

Das deutsche Heer und die kaiserliche Marine sind nach Massgabe des Mobilmachungsplanes für das deutsche Heer und die kaiserliche Marine kriegsbereit aufzustellen.

Der 2. August 1914 wird als erster Mobilmachungstag festgesetzt.

Berlin, den 1. August 1914.

(gez.) Wilhelm I. R.

(gez.) von Bethmann Hollweg.“

Die Würfel waren gefallen. Das deutsche Volk konnte sich stolz an die Brust schlagen und sagen, dass es diesen Krieg nicht gewollt hat, der so plötzlich in seiner ganzen Furchtbarkeit vor ihm aufgetaucht ist. Aber es konnte nicht erlauben, dass der Boden des Vaterlandes von den russischen Truppen überschwemmt und verwüstet wird. Deshalb gab es nur eine Parole für die ganzen deutschen Gaue:

„Auf zum Kampf, das heilige Vaterland zu schützen und treu für Kaiser und Reich für dessen Existenz bis zum letzten Blutstropfen zu stehen.“

Frankreich beeilte sich sofort bei Ausbruch des deutsch-russischen Krieges in auffälligster Weise der belgischen Regierung ein erneutes Versprechen zu geben, dass es die Neutralität des Königreichs Belgien respektieren wolle. Es stellte sich getreu seinen Abmachungen mit Russland, diesem zur Seite zu stehen, und erklärte prompt an Deutschland den Krieg. Eine Mahnung und Erinnerung an den glorreich felsenfest abgeschlossenen Bündnisvertrag der Triple-Entente, wenn schon denn schon gemeinschaftlich und verbrüderet vorzugehen; um Deutschland den Garaus zu machen, war nicht nötig, denn in Frankreich glaubte man sich jetzt stark genug, im Vereine mit den Bundesbrüdern Rache und Vergeltung an Deutschland nehmen zu können.

England brauchte nicht durch seinen Neid und Hass gegen Deutschlands Weltstellung und den nicht mehr aufnehmend zu könnenden Konkurrenzkampf an deutscher Civilisation, deutscher Ehrlichkeit, deutschen Fleisses, deutschen Welthandels, deutscher Tüchtigkeit, deutschen Erfindungsgeistes und deutschen Kennens und Wissenschaft beim verbrüdereten Russland und Frankreich mit süßen Schmeicheleien anzufragen; gewährt mir die Bitte in euerem Bunde der Dritte zu sein, denn es war ja in diesem Dreiverband bereits verkettet

und spielte seine Rolle hierin als Führer und Sprecher ganz vorzüglich. Deshalb konnte Frankreich an Russland schüren und Russland sich darauf verlassen, dass sein Bruder England nicht mit gutem Rat, sondern auch mit aufopferungsvoller Tat sein im Bündnisvertrag gegebenes Versprechen diesmal zu halten bereit sei.

Die Kriegserklärung Englands an Deutschland durfte daher kaum überraschend gewesen sein. Wohl hat sich Deutschland auch in diesem Falle die erdenklichste Mühe gegeben, jeden Anstoss für England zu vermeiden und England eine neutrale Haltung zu erleichtern. Wie man aus der Reichskanzlerrede weiss, wäre Deutschland sogar bereit gewesen, seine mit so ungeheuren Kosten auf die Höhe gebrachte Flotte in der Nordsee vollkommen stillliegen zu lassen. Das wäre vielen deutschen Vaterlandsfreunden sehr gegen den Sinn gegangen, aber man hätte es hingegenommen, wenn man dadurch ein weiteres Umsichgreifen dieses Weltbrandes hätte verhüten können. England fand **dieses für Deutschland ein wahres Opfer darstellende Angebot UNGENUEGEND**, und man hätte sich auf weitere, noch unbekannte, aber ganz sicher nichtbescheidene Gegenforderungen Englands bereit machen müssen. Nun hatte England die notgedrungene Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland zum Vorwand genommen, um sich offen zu seinen verbündeten Brüdern zu gesellen, mit denen es ja schon lange im herzlichen Einvernehmen stand.

Eine beachtenswerte Frage dürfte hier aufgerollt werden. Welchen Vorwand hätte wohl das neutralitätsliebende und schützende England der Welt aufgetischt, wenn sein Bundesgenosse Frankreich, was ja bereits lange vor Kriegsbeginn abgekartet und einwandfrei als feststehend charakterisiert wurde, genommen, wenn Frankreich seine Truppen durch Belgien gegen Deutschland hätte marschieren lassen? **Hätte England in diesem Falle** sich auf Deutschlands Seite gestellt und **Frankreich eine Kriegserklärung**, ob der Verletzung der Neutralität Belgiens, **so prompt übersandt???**

Darf man darum trotz des formellen Auspruchs, der in der englischen Garantie der belgischen Neutralität liegen sollte, von dem einzigen Grunde noch reden, den England in die Welt hinausposaunt hat, was **sein Hauptgrund gewesen sei**, gegen Deutschland mit den Waffen in der Hand vorgehen zu müssen???

England wollte sich in diesem Kriege die Hinterhand wahren und im Trüben fischen; deshalb fürchtete es sich, wie es aus dem Munde seines **Staatssekretärs Sir Edward Grey** in dessen Unterhausrede ziemlich **unverblümt zugab**, dass es **dabei zu spät kommen und nicht genug herauschlagen könnte**, und so benützte es die

Gelegenheit zu dem Versuch, sich der verhassten deutschen Flotte zu entledigen und dadurch dem so mächtig sich emporgearbeiteten Deutschland seine fernere Existenz abzuschneiden.

Wenn das Wort, dass **NEID** und **HASS** die Gegner Deutschlands zum jetzigen Kriege geleitet habe, auf irgend einen von ihnen zutrifft, so ist es **England**. Das geht zurück bis in die Zeit der Herstellung der deutschen Einheit. Schon im 1870er Kriege hatte Deutschland fortwährend über Englands Uebelwollen zu klagen und nicht an England lag es, wenn damals keine Koalition gegen Deutschland, das bisher bei der Verteilung der Welt leer ausgegangen war, sich nicht etwa in den schon von anderen Nationen in Beschlag genommenen Weltteilen, sondern in dem erst neu erschlossenen Afrika auch einige Kolonien erwerben wollte. Sofort regte sich der englische Neid, und obwohl Deutschland England keinerlei Schwierigkeiten gemacht hatte, als es sich in Aegypten festsetzte, und obwohl England auch sonst in Südafrika sowie in Ost und West des schwarzen Erdteils sich die besten Plätze auszusuchen wusste, bedurfte es eines scharfen diplomatischen Feldzuges, um Deutschlands bescheidene koloniale Anfänge sicherzustellen. England hätte es wahrhaftig leicht gehabt, sich mit Deutschland weiterhin zu verständigen. **England hat aber vorgezogen, sich in eine bedrohliche Koalition gegen Deutschland zu begeben**, und die Welt hat das nie für mögliche Schauspiel erlebt, dass **England und Russland verbündete Freunde wurden**, um im Bund mit Frankreich Deutschland zu umstellen, wie man ein Wild einkreist. In der Marokko-Krise hat uns England offen bedroht, und wenn es seither die volle Bereitwilligkeit Deutschlands zur freundschaftlichsten Regelung weltwirtschaftlicher Fragen nicht von der Hand gewiesen hat, so geschah es zugleich in dem Gedanken, **Deutschland Fesseln anzulegen und dem Wachstum der deutschen Flotte Stillstand abzubedingen**. Zum ungemeinen Aufblühen des deutschen Handels und Gewerbes hat England seit langem scheinlich zugesehen und uns behindert, wie und wo es irgend möglich war. In der ganzen Zeit seit dem Bestand eines einigen Deutschen Reichs haben wir von England nirgends Wohlwollen und Förderung, vielmehr stets Erschwerungen und Hindernisse erfahren. England besitzt die halbe Welt und darüber; man sollte glauben, mehr als jedes andere Volk müsste Grossbritannien zu den „saturierten“ Staaten gehören. Trotzdem hat es dem deutschen Vetter nie etwas gegönnt. Der Zweibund (Frankreich-Russland) hat seine grösste Gefahr für Deutschland erst bekommen, als England, ohne alle Not, ihn zum Dreibund erweitert hat. So hat man sich denn in Deutschland schon lange auf eine

kriegerische Auseinandersetzung mit England gefasst gemacht. **Nicht um England zu bedrohen, sondern um uns auch Englands ERWEHREN zu können, haben wir unsere Flotte geschaffen.** Und so nahm man die englische Kriegserklärung in Deutschland zwar gewiss nicht leicht, aber wir liessen uns davon auch nicht niederdrücken. Mit Entschlossenheit und Gottvertrauen sah das deutsche Volk den Kreis seiner Feinde sich schliessen. Wie einst der kleine David den mächtigen Riesen Goliath niederwarf, wird unser deutsches Heer und Marine seine Feinde durch die seither bewiesenen Heldentaten zwingen, vor ihm bald auf den Knien zu liegen und sich von ihm Friedensbedingungen zu erbitten. Dann erst ist der Tag herangekommen, wo England so **voll und ganz** des bekannten Sprichwortes eingedenk sein mag:

„Wer Anderen eine Grube gräbt, fällt oft selbst hinein!“

ALBERT A. STRAUSS.

Die Geschichte des deutsch-französischen Krieges 1870—71.

[Meine von deutscher Schulbehörde preisgekrönte Prüfungsarbeit bei Absolvierung der Hoch-Schule im März 1900.]

1. Ursache des Krieges.

Die Franzosen waren auf den Kriegsruhm Preussens eifersüchtig. Da der Kaiser Napoleon III. es mit seinem Volke hielt, brach er die Gelegenheit vom Zaune, um mit Preussen Krieg zu führen. Die Spanier hatten den Erbprinzen Leopold von Hohenzollern die Königskrone angeboten. Napoleon III. verlangte, dass der Prinz dieselbe ablehne. Als solches nun auch geschah, wünschte der französische Kaiser auch noch, dass König Wilhelm von Preussen versprechen sollte, Prinz Leopold werde auch in Zukunft die Krone nicht annehmen. Als diese Forderung zurückgewiesen wurde, erklärte Napoleon an Preussen den Krieg. Er hoffte die Rheingrenze zu gewinnen, Preussen zu schwächen und die Einigung Deutschlands zu hindern.

2. Begeisterung des Volkes.

Das ganze deutsche Volk stand jetzt auf wie ein Mann und hielt treu zu König Wilhelm. Ueberall hörte man singen: „Es braust ein Ruf wie Donnerhall, wie Schwertgeklirr und Wogenprall: Zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein! Wer will des Stromes Hüter sein? Lieb' Vaterland, magst ruhig sein, fest steht und treu die Wacht am Rhein!“

Daher konnte der König Wilhelm auch sagen: „Aus allen Stämmen des deutschen Vaterlandes, aus allen Kreisen des deutschen Volkes, selbst von jenseit des Meeres, sind mir aus Anlass des bevorstehenden Kampfes für die Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands so zahlreiche Kundgebungen der Hingebung und Opferwilligkeit und Opferfreudigkeit für das gemeinsame Vaterland zugegangen, dass es mir ein unabweisliches Bedürfnis ist, diesen Einklang des deutschen Geistes öffentlich zu bezeugen und dem Ausdruck meines königlichen Dankes die Versicherung hinzuzufügen, dass ich dem deutschen Volke Treue um Treue entgegenbringe und unwandelbar halten werde. Die Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande, die einmütige Erhebung der deutschen Stämme und ihrer Fürsten hat alle Unterschiede und Gegensätze

in sich geschlossen und versöhnt, und einig, wie kaum jemals zuvor, darf Deutschland in seiner Einmütigkeit wie in seinem Recht die Bürgschaft finden, dass der Krieg ihm den dauernden Frieden bringen, und dass aus der blutigen Saat eine von Gott gesegnete Ernte deutscher Freiheit und Einigkeit spriessen werde.“

3. Deutschland rückt ins Feld.

In wenigen Wochen war die deutsche Streitmacht vollständig ausgerüstet und unter bewährten Führern zwischen Trier an der Mosel und Landau in der bayerischen Pfalz aufgestellt, die erste Armee unter General von **Steinmetz**, die zweite unter **Prinz Friedrich Karl**, die dritte unter dem **Kronprinzen Friedrich Wilhelm**. Der greise König selbst, begleitet von **Moltke** und **Bismarck**, übernahm die Oberleitung.

Schon stand Napoleon mit den zwei französischen Armeen der Marschälle **MacMahon** und **Bazaine** ganz nahe an der deutschen Grenze, bereit, im raschen Siegeslauf nach Berlin zu gehen und den Frieden zu diktieren. Aber nun rückten die deutschen Heere unaufhaltsam zum Angriff vor, „Alldeutschland in Frankreich hinein.“

4. Die ersten Siege.

Schon gleich am Anfange des Krieges erlitten die Franzosen grosse Niederlagen bei **Weissenburg** und **Wörth** im Elsass und bei **Saarbrücken** in der Rheinpfalz. Hierauf sammelte sich die französische Armee theils bei **Metz**, theils bei **Chalons**. Der französische Feldherr **Bazaine** hatte die Absicht, mit seinem Heere nach Chalons zu gehen, um sich dort mit dem verstärkten Heere **MacMahons** zu vereinigen. Diese Vereinigung aber sollte durch die deutschen Heere verhindert werden.

5. Die Schlachten bei Metz, am 14., 16. und 18. August 1870.

Es kam daher bei der gewaltigen Festung Metz alsbald zu einer Reihe von Schlachten. Am 14. August 1870 warf General von Steinmetz durch die siegreiche Schlacht bei **Courcelles** ein französisches Heer bis unter die Mauern von Metz zurück. Zwei Tage darauf, am 16. August 1870, errang dann der Prinz Friedrich Karl den wichtigen Sieg bei **Mars la Tour** und **Vionville**; es war der blutigste Kampf des ganzen Krieges. Ueber fünf Stunden fochten die Deutschen, namentlich die Brandenburger, mit unübertroffenem Heldenmuth gegen die Franzosen; dann erhielten sie Verstärkungen durch umherziehende Truppen, und nach abermals fünfstündigem, grausigem Ringen war am Abend die Schlacht gewonnen. 40,000 Krieger waren getödet oder mit Wunden bedeckt, unter ihnen 17,000 Deutsche mit zwei

gefallenen und zwei verwundeten Generalen. Dem französischen Heere drohte jetzt das Schicksal, von den Deutschen völlig umschlossen zu werden. Ein fernerer Kampf im offenen Felde war ihm dann unmöglich gemacht. Dieser Gefahr zu entgehen, bot der Marschall Bazaine alle seine Kräfte auf. Am 18. August 1870 stand sein Heer zwischen Metz und Mars la Tour bei **Gravelotte**, um sich den Abmarsch in der Richtung auf Paris zu erkämpfen. Wieder nahmen die Franzosen auf Berg-
höhen eine sehr günstige Stellung ein, die noch verstärkt war durch stockwerkartig übereinander gezogene Gräben, in welchen sich ihre Schützen, den feindlichen Geschossen kaum erreichbar, bis an den Hals eingegraben hatten. Aber keine Schwierigkeit vermochte den König Wilhelm, der an diesem Tage die vereinigte erste und zweite deutsche Armee selbst anführte, vom Kampfe zurückzuschrecken. Von einer Höhe aus leitete er die Schlacht, ihm zur Seite General von Moltke. Um die Mittagsstunde begann der Riesenkampf. Wie bei Leipzig und Königgrätz im Jahre 1813 fochten an 500,000 Krieger gegen einander. Ein betäubender Kanonendonner erdröhnte stundenlang ohne Unterbrechung, ohne Entscheidung. Da warfen auf dem linken deutschen Flügel die preussischen Garden und die wackern Sachsen unaufhaltsam den Feind zurück, und als endlich das Gefecht auf dem rechten Flügel noch schwankte, da trafen die treuen Pommern, die erst einen weiten Marsch bis zum Schlachtfelde zurücklegen mussten, ein. Sie eilten, aller Ermüdung vergessend, die Höhen hinan und vertrieben mit dem Bajonett die Franzosen aus ihrer letzten Stellung. Der grosse Sieg bei Gravelotte war erkämpft. Zwar war wieder viel Heldenblut geflossen; aber die Frucht des Sieges war gewaltig. Bazaines ganze Armee wurde jetzt von den Deutschen wie von einem eisernen Ringe eingeschlossen; sie konnte im Felde nicht mehr erscheinen. König Wilhelm schrieb nach dem Siege von Gravelotte an seine Gemahlin: „Das war ein neuer Siegestag, dessen Folgen noch nicht zu ermessen sind. Ich danke Gott, dass er uns den Sieg verlieh.“

6. Sedan, Strassburg und Metz.

a) Die Schlacht bei Sedan, am 1. September 1870.

König Wilhelm liess nun einen Teil seiner Truppen unter dem Befehl des Prinzen Friedrich Karl rings um Metz stehen; den Rest entsandte er unter dem Befehl des Kronprinzen **Albert von Sachsen** an die Maas. Eben dorthin marschierte von Chalons her mit einem neugebildeten Heere der Marschall MacMahon, bei welchem sich auch der Kaiser Napoleon III. befand; er wollte dem in Metz eingeschlossenen Bazaine Hilfe bringen. Aber inzwischen war ihm die Armee des Kronprinzen

Friedrich Wilhelm von Preussen bereits in den Rücken gekommen, und an der Maas stiess er auf die Armee des Kronprinzen Albert von Sachsen. Derselbe siegte bei **Beaumont** und nahm 7,000 Franzosen gefangen. Nachdem sich die Armeen beider Kronprinzen vereinigt hatten, übernahm König Wilhelm den Oberbefehl. Bei **Sedan** kam es zur Hauptschlacht. Die Bayern streiten mit wahren Heldenmuth. MacMahon wird durch einen Granatschuss schwer verwundet, statt seiner übernimmt General **de Wimpffen** die Führung des französischen Heeres. Aber enger und immer enger schliesst sich der feindliche Gürtel um die Franzosen; von mehreren Seiten zugleich stürmen die Scharen des Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preussen auf sie ein; auf der anderen Seite bedrängt sie der Kronprinz Albert von Sachsen; rund um Sedan rollt der Donner der siegreich fortschreitenden Feldschlacht. Gegen 3 Uhr nachmittags flüchtet sich der Feind nach ungeheuren Verlusten hinter die Mauern von Sedan. Sie bieten dem völlig zerrüttelten Heere keine Rettung mehr; vernichtend fallen die deutschen Bomben und Granaten in die wirren, dichtgedrängten Knäuel von entmutigten, verzweifelnden Soldaten, die alles verloren sehen. Der Kaiser Napoleon III., welcher dem Kampfe beigewohnt, sucht umsonst durch einen ehrenvollen Kriegerthod der Schmach zu entgehen. Keine Feindeskugel weiss seine Brust zu finden. Da schreibt der Tiefgedemüthigte an den König Wilhelm von Preussen: „Weil es mir versagt war, an der Spitze meiner Truppen zu sterben, überreiche ich Ew. Majestät meinen Degen.“ Und samt ihm ergibt sich das ganze noch übrige Franzosenheer, 85,000 Soldaten mit dem Marschall und allen seinen Offizieren, mit 500 Kanonen und allen Fahnen dem Sieger. Es war ein unermesslicher Erfolg, ein Sieg ohne gleichen. Gottes Strafgericht war über den hoffärtigen Frevler ergangen. Nie, so lange Kriege geführt werden, hatte eine so zahlreiche Armee vor dem Feinde die Waffen gestreckt. Am Tage nach der Schlacht stellte sich Napoleon III. selbst dem Könige Wilhelm als Gefangener. Das Schloss Wilhelmshöhe bei Kassel wurde ihm zum Aufenthalt angewiesen. Den sieggekrönten König Wilhelm von Preussen aber umrauschte, als er die Reihen seiner begeisterten Krieger durchschritt, der vieltausendstimmige Gesang:

„Heil dir im Siegeskranz,
Herrscher des Vaterlands,
Heil, König, dir!“

„Welch eine Wendung durch Gottes Führung!“
schrieb König Wilhelm an seine Gemahlin.

b) Die Schlacht bei Strassburg. Die Fortsetzung
des Krieges. Die französische Republik.

Auf die Nachricht von dem Unglück des Kaisers Napoleon III. fiel das französische Volk von ihm ab und rief die **Republik** aus. Der Krieg wurde fortgesetzt. Da die Franzosen keine Armee mehr im Felde hatten, wurde der Kampf jetzt ein Festungskrieg, wobei es sich hauptsächlich darum handelte, **Strassburg**, **Metz** und **Paris** einzunehmen. Mit Jubel begrüßte ganz Deutschland daher die **Uebergabe** von **Strassburg**, das seit dem 4. August 1870 seit der Schlacht bei Wörth von badischen und preussischen Truppen belagert worden war. Als diese alte deutsche Reichsfeste, welche vor 189 Jahren durch Verrat verloren ging, am 28. September 1870 von dem **einigen Deutschland** wieder genommen wurde, da sprachen alle deutschen Herzen: „Nun muss Strassburg unser bleiben auf immerdar!“

c) Die Schlacht bei Metz, am 26. Oktober 1870.

Ein noch grösserer Waffenerfolg war, vier Wochen nach der Einnahme von Strassburg, die **Uebergabe** von **Metz** samt der Gefangennehmung des ganzen französischen Heeres, das seit der Schlacht bei Gravelotte dort eingeschlossen war. Wohl hatte der Marschall Bazaine noch manchen Ausfall gemacht, allein stets waren die Franzosen in ihre Verschanzungen zurückgeschlagen worden. Es gab keinen Ausweg mehr. Da, am 27. Oktober 1870, streckte die französische Armee die Waffen. 180,000 Mann mit 3 Marschällen und 50 Generalen wurden Kriegsgefangene, über 1,400 Feld- und Festungsgeschütze, 300,000 Gewehre, 53 Fahnen erbeutet. Ein donnerndes Hurra flog durch ganz Deutschland. König Wilhelm von Preussen aber feierte das grosse Ereignis dadurch, dass er die beiden Kommandierenden unserer Armeen, seinen Fritz, den Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preussen und den Prinzen Friedrich Karl, zu **Feldmarschällen** ernannte und den General von Moltke in den **Grafenstand** erhob.

7. Die Schlacht bei Belfort im Januar 1871.

Das Ende des Krieges.

Die Belagerung der Festungen hatte den Franzosen Zeit gegeben, neue Streitkräfte zu sammeln; aber **General von Manteuffel** gewann mehrere Schlachten bei **Amiens**; **General von Göben** erfocht einen entscheidenden Sieg bei **St. Quentin** am 19. Januar 1871. Prinz Friedrich Karl siegte bei **Orleans** und **Le Mans**. Da wurde **General von Werder** mit 40,000 Preussen und Badensern von einem mehr als dreimal so starken französischen Heere angegriffen. Dies geschah zwischen **Belfort** und **Mömpelgard**, unweit der deutschen Grenze. Schon glaubten die Franzosen, diesmal sei die Niederlage der Deutschen unvermeidlich und der Weg nach Deutschland stehe

ihnen offen. Aber die tapferen Deutschen kämpften drei Tage lang ununterbrochen, am 15., 16. und 17. Januar 1871, mit wahren Heldenmuth. Da musste der Feind zurückweichen. Ueberdies eilte General von Manteuffel mit einem Heere heran und, um nicht in die Gefangenschaft zu geraten, mussten 84,000 Franzosen sich auf das Schweizer Gebiet retten und dort die Waffen niederlegen.

8. Uebergabe von Paris.

Der Friedensschluss.

Paris war jetzt die einzige Stadt, welche noch in den Händen der Feinde war. Vier Monate hatte die Belagerung von Paris bereits gedauert, und über zwei Millionen Menschen waren dem Hungertode nahe. Da wurde am 28. Januar 1871 ein Waffenstillstand abgeschlossen und am 26. Februar 1871 der Präliminar-Friede zu Versailles. Die dem deutschen Reiche einst entrissenen Lande, „Elsass“ und „Deutsch-Lothringen“ mit anderthalb Millionen Bewohnern, musste Frankreich an Deutschland abtreten.

„Strassburg“ und „Metz“, die herrlichen Städte und trefflichen Festungen, kamen wieder in deutschen Besitz. Dazu verpflichtete sich Frankreich, fünftausend Millionen Franken Kriegskosten zu zahlen. Nach längeren Unterhandlungen in Brüssel wurde am 10. Mai 1871 der endgültige Friedensvertrag zu Frankfurt am Main festgestellt.

Zehn Monate hatte der Krieg, der eigentliche Kampf kaum sieben Monate gedauert; doch war er einer der ungeheuersten, die je geführt worden. Nie hatte Deutschland ruhmreichere Tage gesehen, nie irgend ein Volk gewaltigere Siege erkämpft, als hier das deutsche. In 200 Tagen hatten seine Heere, ohne jede Niederlage 20 siegreiche Schlachten geschlagen, 150 Gefechte bestanden, 26 Festungen erobert, gegen 400,000 Kriegsgefangene gemacht, über 6,700 Geschütze erbeutet. Es war „ein Krieg ohnegleichen.“

ALBERT A. STRAUSS.

„Beim europäischen Kartenspiel fungiert Amerika als fairer Kiebitz!“

Es ist eine allbekannte Tatsache, wenn sich einstmalige Freunde zusammentun, um sich die Langweile im Kartenspiel zu vertreiben, sehr oft über eine geringfügige Ursache in Streit geraten. Nun ist es aber auch bekannt, dass um die Kartenspieler sich die sogenannten „Kiebitze“ gruppieren, um den Verlauf des Spiels zu sehen zu müssen glauben. Gewöhnlich ist im Spielsaal eine Tafel angebracht, die die lakonische Aufschrift trägt: „Der ‚Kiebitz‘ hat’s Maul zu halten!“

Am Spieltisch sitzt „Deutschland“, um es herum seine einstmaligen Freunde „England“, „Frankreich“ und „Russland“. Gespielt wird ein österreich-serbischer Skat. „Deutschland“ ist bei den Mitspielenden als bester Skatspieler bekannt, und seine drei Spielgenossen verabreden, im Spiel sich zu vereinigen, um den Rivalen „Deutschland“ mit leeren Taschen den Skattisch verlassen zu sehen, um sich den vorher schon ausgerechneten Gewinn nach Beendigung des Spieles brüderlich zu teilen. Die drei Verbündeten freuen sich im Geheimen, dass es ihnen vielleicht ab und zu mal gelingt, dem guten Skatspieler „Deutschland“ ein Spielchen abzugewinnen. Aber der gute Skatspieler winkt und weicht nicht von seinen berühmten Spielregeln und die grossen Spiele, die er macht, ringen die Mitspieler nieder, sodass schliesslich, wenn das Spiel beendet ist, der vorgehabte Gewinn, statt unter dem dreiblättrigen Kleeblatt, was sich vor Beginn des Spiels schon die Teilung der abgewonnenen Summe zurechtgedacht hatte, allein auf Seiten des gemeinsamen Rivalen verbleibt, und nachdem die Taschen der Verbündeten geleert sind, müssen die Verbündeten ihren unbesiegbaren Rivalen um Abbruch des Spieles bitten, weil er vorher vereinbart hat, dass Spielschulden nicht gemacht werden dürfen und jedes gewonnene oder verlorene Spiel sofort baar beglichen werden muss.

Nach Aufhebung des Spieles fängt alsdann der Streit zwischen dem vorher verbündeten, dreiblättrigen Kleeblatt an. „Russland“ beginnt „Frankreich“ Vorwürfe zu machen, dass ihm nicht genug Geld vor Spielbeginn vorgestreckt worden sei, um das Spiel weiter fortsetzen zu können, denn es hoffte, durch die vorher versprochenen unversiechbaren Geldquellen von Frankreich, den guten

deutschen Spieler ausplündern zu können. „Frankreich“ macht „England“ den Vorwurf, dass es durch heuchlerische Versprechungen zum Mitspielen verleitet worden sei, und deshalb sein Alles, auch noch durch seine Pflicht „Russland“ finanziell vor dem Spielbeginn unter die Arme greifen zu müssen, geopfert habe. „England“ macht „Russland“ den Vorwurf, dass es vor Spielbeginn von ihm betrogen worden sei, weil „Russland“ geprahlt habe, dass Skatenspiel so gut zu verstehen und durch immer neue Karten **trumpfsicher** sei. „Russland“ gibt aber diesen Vorwurf an „England“ zurück, denn es will nicht nur von „Frankreich“ unausgerüstet, sondern von „England“ vor und während des Spieles betrogen, hintergangen und bemogelt worden sein, weil es sich auch auf die Trumpfsicherheit Englands verliess. Alle drei verbündeten Verlierer bekommen nun Streit miteinander und suchen nun die Freundschaft „Deutschlands“ zu erwerben, um sich mit ihm für den künftigen Streit zu verbinden, um dadurch leichter das neue Spiel unter dem zusammengebrochenen Dreibund für sich siegreich herauszuschlagen. „Deutschland“ aber wird sich sagen, ich habe euch durchschaut und will aus dem Spiele bleiben und wenn ihr euch jetzt gegenseitig aufzufressen vortreibt, lasst mich zufrieden, denn ich habe euch saubere Spielgenossen gezeigt, dass ihr nicht mächtig genug seid, gegen mich spielen zu können. Geht und erbittet auch, die von mir erwünschte Hilfe, von euren euch während des Spieles nicht verlassenden Kiebitzen. Aber siehe, bei unseren Kiebitzen sieht's noch schlimmer aus, wie bei uns, erwidern die aneinandergeratenen Dreibündler.

„Russlands“ treuer Kiebitz „Serbien“ schimpft und zankt jetzt, dass es durch das verlorene Spiel seines grossen Bruders brotlos geworden sei und nirgends Gehör finden kann, um eine neue Laufbahn beginnen zu können.

„Frankreichs“ treuer Kiebitz „Belgien“ bejammert sich selbst, so kurzsichtig gewesen zu sein, um durch Versprechungen auf Frankreichs Seite gekiebitzt zu haben und alles, was es besass, opfern musste und in „Deutschlands“ Geldbeutel nun klingeln zu hören.

„Englands“ treueste Kiebitze „Japan“, „Indien“, „Portugal“ und seine grosse Anzahl Geschwister, sehen erst nach dessen verlorenen Spiel ein, dass sie nunmehr die stillende Mutter zu schwach finden, um die einstmals reiche Kinderschar ernähren zu können und entwöhnen sich der Mutterbrust, um sich auf eigene Kosten ihre Nahrung zu suchen.

„Japan“, als **frechster Kiebitz**, stahl während des Spieles „Deutschland“ heimtückisch und hinterlistig etwas Geld, und nach dem Spiele ladet sich Deutschland ganz selbst bei Japan zu einem kleinen Luncheon ein.

Während der kleinen Mahlzeit verlangt Deutschland von Japan das gestohlene Geld zurück, aber Japan in seiner grenzenlosen Frechheit, weigert sich das gestohlene Gut herauszugeben und muss deshalb von Deutschland gehorft werden.

„Amerika“, als fairer Kiebitz, hielt sich mit den vier Kartenspielern während des ganzen Spieles „Gutfreund“ und sein zum Kiebitzen delegierter Präsident Wilson liebäugelte nach allen Seiten stillschweigend und abwartend. Den Diebstahl Japans beobachtete er und fürchtete nur, durch den Dieb eine Einladung zu bekommen, auch ein Spielchen mit ihm spielen zu müssen, wobei England auf Japans Seite zu kiebitzen sich verpflichtet fühle. Wilson sah schon während des ganzen voraufgegangenen Spieles ängstlich diesen Moment herannahen, wo er ins Mitspiel verwickelt werden könne, aber er sagte sich, dass er friedlich abwarten will, bis das grosse Spiel beendet sei, um durch den grossen Sieg „Deutschlands“ von dem durch Diebstahl sich bereicherten Japan nicht mehr zum Kartenspiel aufgefordert werden kann, weil Deutschland neue Spielregeln diktieren wird, die nichts für ihn zu befürchten haben werden, in einen Spielhandel verwickelt werden zu können, weil durch das deutsch-japanische Luncheon sein eventueller Spielgenosse Japan sein gestohlenen Geld und vielleicht noch etwas vorher dazugehabten Geldes an den grossen Sieger abladen musste, um schon dadurch zu schwach zu sein, ein amerikanisch-japanisches Spiel arrangieren zu können, zumal Japans Kiebitz, das einstmals mächtige England, durch den Abfall seiner Kinder nur noch ein „Engländchen“ sein wird.

Dann lacht sich unser schlauer Wilson ins Fäustchen und behauptet, durch sein stummes Abwarten, von Deutschland die gebratenen Kastanien aus dem Feuer geholt bekommen zu haben.

Das innige Freundschaftsband zwischen dem „fairen Kiebitz Amerika“ und dem „unbesiegbaren Kartenänderer Deutschland“ wird fester, inniger und unzerreissbar geknüpft.

ALBERT A. STRAUSS.

Inventor and Proprietor of New Patented Flour
Mill Processes.



ALBERT A. STRAUSS

Expert in Commercial Bookkeeping

Reporter for German Newspapers

Private Teacher of the German Language

104 West 89th St., New York City



P. S. **Erteile** in und ausser dem Hause **gründlichen Privat-Unterricht in der deutschen Sprache** (Sprechen, Lesen und Schreiben). Einzel- und combinirten Klassen-Unterricht. Honorar mässig !

ISAAC GOLDMANN CO.
PRINTERS
200-204 WILLIAM ST., NEW YORK



LIBRARY OF CONGRESS



0 021 546 394 1